Beiträge zur hessischen Politik in der Zeit der Reichsgründung.

(Teildruck der Rostocker Dissertation).

Der italienische Krieg 1859.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Hohen Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock
vorgelegt von

Hans Steinhagen
aus Neubukow i. M.

Wismar
Buch- und Kunstdruckerei Albert Sander
1933

Beiträge zur hessischen Politik in der Zeit der Reichsgründung.

(Teildruck der Rostocker Dissertation).

Der italienische Krieg 1859.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Hohen Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock
vorgelegt von

Hans Steinhagen
aus Neubukow i. M.

Wismar
Buch- und Kunstdruckerei Albert Sander
1933

Referent: Professor Dr. Schüßler

Tag der mündlichen Prüfung: 7. Nov. 1931

mit Genehmigung der hohen Philosophischen Fakultät erscheint nur Kapitel III der Abhandlung „Der italienische Krieg 1859" im Druck. Die Rostocker Dissertation, die in der Universitäts-Bibliothek Rostock vorhanden ist, behandelt außerdem in Kapitel I, II, IV u. V die Stellung Hessen-Darmstadts zur schleswig-holsteinischen Frage und zum Nationalverein 1850—63, deren wichtigste Ergebnisse hier kapitelweise zusammengefaßt sind.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Dem Andenken
meines Vaters
gewidmet.

Inhaltsverzeichnis.

(der Rostocker Dissertation)

	Seite
Literaturverzeichnis	I
Vorwort	V
Die hessische Schleswig—Holstein—Politik 1850—1852	1
Das Londoner Protokoll 1852 und der Verfassungskampf seit 1855 . .	2
Der italienische Krieg	3
Dalwigk und der Nationalverein	24
Der Beschluß der Exekution gegen Dänemark 30. März bis 15. November 1863	26

Literaturverzeichnis.

(der Rostocker Dissertation)

1. Ungedruckte Quellen.

Darmstädter Zeitung 1850—1863 (Da. Ztg.)

Akten über die hessische Schleswig-Holstein-Politik 1850—1863 im Staatsarchiv zu Darmstadt (St. A. Darmst.)

Politische Hauptberichte der bayrischen Gesandtschaften. Anfang Juli 1852 bis Ende April 1855. Bayrisches Geheimes Staatsarchiv. (Bayr. Geh. St. A.)

Einzelstücke der Korrespondenzen der bayrischen Bundestagsgesandtschaft mit München über die schleswig-holsteinische Frage im Bayrischen Geheimen Staatsarchiv (Bayr. Geh. St. A).

Politischer Schriftwechsel mit der königlich preußischen Mission für Darmstadt, Frankfurt und Nassau 1850—1863 im Preußischen Geheimen Staatsarchiv (Pr. Geh. St. A.)

Akten des großherzoglichen Ministeriums des Innern betr. die Agitation der Fortschrittspartei zum Zwecke einer Abänderung der deutschen Bundesverfassung (Nationalverein).

Akten über am Bundestag verhandelte Vereinsangelegenheiten 1853—1865 im Staatsarchiv zu Darmstadt (St. A. Darmst.).

Akten betr. Reklamation invalider Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee wegen Pension 1852—1865 im Staatsarchiv zu Darmstadt (St. A. Darmst.).

Akten betr. Rüstungen gegen Frankreich 1859 im Staatsarchiv zu Darmstadt (St. A. Darmst.).

Akten des Kriegsministeriums betr. Verhandlungen der 3 Korpsstaaten über die zu ergreifenden Maßregeln zur Herstellung einer Kriegsbereitschaft des 8. deutschen Armeekorps im Staatsarchiv zu Darmstadt (St. A. Darmst.).

Berichte der hessischen Gesandtschaft in Paris 1859

" " " " " Dresden 1859

" " " " " Hanover 1859

" " " " " Wien 1859

" " " " " Berlin 1859

im Staatsarchiv zu Darmstadt (St. A. Darmst.).

Berichte des württenbergischen Gesandten für Darmstadt und Frankfurt nebst einschlägigen Einzelstücken im Staatsarchiv zu Stuttgart (Stuttg.).

Privatarchiv Dalwigks (Da. A.).

2. Gedruckte Quellen.

Bismarck, Gesammelte Werke, 3. Aufl. Bd. 1—3 Berlin 1924—28.

Bundestagsprotokolle.

Grenzboten 1850—1863.

Les origines diplomatiques de la guerre de 1870/71. Recueil de documents publié par le ministre des affaires etrangères. Bd. 1 Paris 1910.

Herm. Oncken Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854—71. Bd. 1 Berlin und Leipzig 1927.

Preußische Jahrbücher 1850 — 1863.

Schüßler Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860 — 1871. Stuttgart und Berlin 1920.

Joh. Schultze Max Duncker, politischer Schriftwechsel aus seinem Nachlaß. Stuttgart und Berlin 1923.

Darstellungen.

Beust Aus dreiviertel Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. Bd. 1 Stuttgart 1887.

Bismarck Gedanken und Erinnerungen. In einem Bande. Stuttgart und Berlin 1928.

Brandenburg Die Reichsgründung. Bd. 1 u. 2. Leigzig 1916.

Brandt Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß. 2. Auflage Kiel 1926.

Durst Hessen-Darmstadt und die schleswig-holsteinische Frage 1840 — 1850. Darmstadt 1926.

Gebauer Christian August, Herzog von Schleswig-Holstein. Stuttgart und Leipzig 1910.

Gebauer Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein. Stuttgart und Berlin 1912.

Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des italienischen Krieges. Eine Kritik. Berlin 1860.

Jansen-Sammwer Schleswig-Holsteins Befreiung. Wiesbaden 1897.

A. O. Meyer Bismarcks Kampf mit Österreich 1851 — 59. Berlin und Leipzig 1927.

W.
Mommsen Johannes Miquel. Bd. 1. Berlin und Leipzig 1930.

Herm. Oncken Rudolf v. Bennigsen, ein deutscher liberaler Politiker. Bd. 1 u. 2. Stuttgart und Leipzig 1910.

Schüßler Hessen-Darmstadt und die deutschen Großmächte 1850. Darmstadt 1919.

Schwab Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken. Diss. Bern, Frauenfeld 1902.

Stern Geschichte Europas von 1848 — 1871. Bd. 8. Stuttgart u. Berlin 1920.

Sybel Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 1 — 3. München und Berlin 1889.

Vigener Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts. München und Berlin 1924.

Vogt Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung. München u. Berlin 1914.

Vorwort.

(zur Rostocker Dissertation)

Der Wert der Kenntnis der mittelstaatlichen Politik für das Verständnis der deutschen Geschichte in der Zeit der Reichsgründung mag den Gegenstand der vorliegenden Arbeit rechtfertigen, zumal sich an der schleswig-holsteinischen Frage der erste Schritt auf dem Wege zur Begründung des Nationalstaates vollziehen sollte. Zwar ist in der Zeit von 1850—1863 die hessische Politik in der schleswig-holsteinischen Frage noch recht zurückhaltend und das Handeln lediglich durch die Wahrnehmung der Bundesinteressen gegeben. Es wird also gezeigt, wie Hessen-Darmstadt als bundestreue Regierung, unter engster Anlehnug an den mächtigsten der Mittelstaaten, nämlich Bayern, und zwar unter Dienstbarmachung des Schutzes der beiden deutschen Großmächte, sich um die Wahrung eines deutschen Standpunktes in der schleswig-holsteinischen Sache bemüht. Der italienische Krieg 1859 gab dann inzwischen dem nationalen Gedanken Gelegenheit, sich aufs Neue zu entfalten. Um den zeitweiligen inneren Widerspruch der hessischen Politik dieser Jahre: Förderung der nationalen Interessen nach Außen und Bekämpfung der mit der nationalen Idee verbundenen liberal-demokratischen Regungen zu veranschaulichen, scheint es gut, auch die Stellungnahme der hessischen Regierung zum Nationalverein, in dessen Bekämpfung dieser Widerspuch am augenscheinlichsten wird, in diese Darstehung mit einzubeziehen.

An Quellen waren mir die betreffenden Akten im hessischen Staatsarchiv und die „Darmstädter Zeitung" der Jahre 1850 — 1863 von besonderem Wert. Daneben boten die Korrespondenzen der preußischen Gesandtschaft für Darmstadt mit Berlin im Preußischen Geheimen Staatsarchiv, der Bayrischen Bundestagsgesandtschaft mit München aus dem Bayrischen Geheimen Staatsarchiv, sowie der Württembergischen Gesandtschaft für Darmstadt und Frankfurt aus dem Stuttgarter Staatsarchiv und das Privatarchiv Dalwigks für die wichtigsten Tatsachen willkommene Belege und Ergänzungen.

Die hessische Schleswig-Holstein Politik 1850—1852.

(Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse von Kapitel I der Rostocker Dissertation).

Mit der Ernennung Dalwigks zum Minister des Innern am 1. Juli 1850 und vollends des Auswärtigen war für Hessen-Darmstadt in der deutschen Frage ein festes Programm gegeben: Zurück zum Bundestag, der allein Gewähr für volle Souveränität und ungehinderte Entfaltung, daneben auch für den nötigen Schutz und die Sicherheit des Großherzogtums bot. Wie er in der deutschen Frage auf bedingungsloses Nachgeben Preußens zugunsten des Bundestages drängte, so nutzte er auch die schleswig-holsteinische Frage in diesem Sinne aus. In Frankfurt hatte er als hessischer Bundestagsgesandter bereits die Ratifikation des Berliner Friedens anstatt durch die Einzelregierungen durch die Bundesversammlung verlangt und am 3. Oktober 1850 auch durchgesetzt. Der notwendigen Folge der hier für den Bund beanspruchten Stellung, der Verpflichtung zur Durchführung seiner Bestimmungen, die vor allem in der Wiederherstellung der Autorität des Landesherrn und der Mitwirkung bei der eventuellen Pazifikation der Bundesländer durch Truppen aller zum Bunde gehörenden Staaten bestand, dieser undankbaren Aufgabe wußte man sich in Hessen-Darmstadt durch die Entwicklung der deutschen Verhältnisse geschickt zu entziehen.

Nach ihrer Verständigung in Olmütz bemühten sich Preußen und Österreich, die Ordnung der schleswig-holsteinischen Sache gemeinsam in die Hand zu nehmen. Am 1. Februar 1852 wurden die Herzogtümer wieder in dänischen Besitz gegeben. Dänemark versprach, beiden Herzogtümern ihre eigene Verfassung zu lassen, insbesondere Schleswig vor der förmlichen Einverleibung in Dänemark zu sichern. Nur schweren Herzens und erst, nachdem sie eingesehen hatte, daß die Regelung durch die europäischen und deutschen Großmächte endgültig war, gab die hessische Regierung am Bunde am 29. Juli 1852 ihre Zustimmung zu dieser erneuten Auslieferung der Herzogtümer an Dänemark.

Das Londoner Protokoll und der Verfassungskampf seit 1855.

(Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse von Kapitel II der Rostocker Dissertation).

Die europäischen Großmächte bestimmten durch das Londoner Protokoll unter Aufhebung des alten Erbrechts am 8. Mai 1852, daß nach dem Tode des Königs Friedrich VII. die Regierung des dänischen Gesamtstaates auf den Prinzen von Glücksburg übergehen sollte. Es gereicht Dalwigk zur Ehre, in der Frage der dänischen Thronfolge mit in erster Linie für eine Wahrung der deutschen Interessen gekämpft zu haben. Schon damals stand es für ihn fest, daß die Trennung der Herzogtümer von Dänemark unter ihrem legitimen Souverän als die glücklichste Lösung zu betrachten sei. Auch den Grundgedanken des Vertrages, daß die Erhaltung der Integrität Dänemarks ein Gegenstand europäischen Interesses für die Wahrung des Friedens sei, konnte Dalwigk nicht anerkennen; vielmehr hielt er die Vereinigung der Herzogtümer mit Dänemark eher für eine Quelle dauernder Streitigkeiten als des ewigen Friedens. Vor allem suchte er die Autorität des Bundes zu retten. Aber nachdem die Dinge einmal diesen Verlauf genommen hatten, mußte man sich im Augenblick darauf beschränken, auf Grund des Bundesbeschlusses vom 17. September 1846 in der Bundesversammlung festzustellen, ob durch das Londoner Übereinkommen Rechte Thronfolgeberechtigter, namentlich solcher, die ihre Rechte beim Bunde verwahrt hatten, beeinträchtigt seien.

Trotzdem der Kandidat für die Thronfolge in den Herzogtümern, der Herzog von Augustenburg, nach seiner Abfindung seinen Ansprüchen entsagt hatte und somit einer Behandlung des Londoner Vertrages durch die Bundesversammlung der Weg offen stand, ist eine Vorlage nicht erfolgt und dem Bunde niemals offiziell der Nachweis erbracht, daß agnatische Erbansprüche, die 1846 bei der Bundesversammlung geltend gemacht waren, erledigt seien. So konnte man später in Hessen-Darmstadt, als beim Tode des dänischen Königs am 15. November 1863 das Londoner Protokoll seine praktische Bedeutung gewann, darauf hinweisen, daß bei Behandlung der Erbfolgefrage sich für den Bund keinerlei Verpflichtuugen aus dem Vertrage vom 8. Mai 1852 ergäben.

Unter dauerndem Hinweis auf die Gunst dieser Tatsache hat die hessische Regierung die weitere Entwicklung der Angelegenheit verfolgt und ihre Haltung zu der von Dänemark am 2. Oktober 1855 gegebenen Gesamtstaatsverfassung begründet. Vor allem suchte sie zu bewirken, daß die Sache der Herzogtümer durch die Behandlung am Bunde eine rein deutsche blieb und durch einmütiges Handeln in einem festen, ruhigen Gang gehalten wurde. Als dann am 30. März 1863 ein königlich dänisches Patent erschien, das die Gesamtstaatsverfassung aufhob und ein für Dänemark und Schleswig gemeinsam geltendes Grundgesetz verkündigte, für Holstein aber eine besondere Verfassung und Regierung in Aussicht nahm, stellte sich Dalwigk in die erste Reihe der Kämpfer für eine gerechte Wahrung der schleswig-holsteinischen Interessen, und es begann die Zeit, wo deswegen vorübergehend ganz Deutschland auf ihn blickte,

Der italienische Krieg 1859.

Der nationale Gedanke kam aufs Neue zur Entfaltung beim Ausbruch des italienischen Krieges 1859. Schon 1848-49 hatten die Lombarden versucht, die österreichische Herrschaft in Italien abzuschütteln, nur Radetzkys Siege hatten diese Pläne zu vereiteln vermocht. Der König Albert von Sardinien, der diese Bestrebungen unterstützte, war zu Gunsten seines Sohnes Viktor Emanuel von der Regierung zurückgetreten, und dieser stellte sich alsbald, beraten von seinem Minister Cavour, zur Begründung eines italienischen Gesamtstaates an die Spitze der Bewegung gegen Österreich. Die Anrede Napoleons an den österreichischen Botschafter am Neujahrstage 1859 ließ die französische Unterstützung dieser Bestrebungen zur Gewißheit werden, sie wurde von Europa als Vorläufer einer Kriegserklärung aufgenommen.

Deutschland geriet in die lebhafteste Erregung und in allen deutschen Gauen fanden Kundgebungen des gemeinsamen Nationalsinns statt, wie sie kaum in solcher einmütigen Stärke zu erwarten gewesen waren. Welche Wendung die Dinge auch nehmen mochten, die in Deutschland hervorgerufene einmütige patriotische Gesinnung der Bevölkerung war ein Faktor, der bei kräftigen politischen Kombinationen in Rechnung zu stellen war, und die Lebhaftigkeit, mit welcher diese Gesinnung sich gerade in den südwestlichen deutschen Staaten, d. h. in den von Frankreich seit alters in erster Reihe bedrohten Ländern, äußerte, war durchaus geeignet, denjenigen — namentlich preußischen — Politikern, welche ihre Pläne durch Berufung auf s. g. Rheinbundgelüste rechtfertigen möchten, diesen Vorwand zu entziehen. 1)

Wien versuchte mit allen Mitteln, sich der Hilfe seiner deutschen Bundesgenossen zu versichern und zwar so, daß, wenn es in Italien angegriffen würde, der Krieg sofort an den populärsten Kriegsschauplatz, den Rhein, getragen würde. 2) Ganz Süddeutschland war sich darin einig, daß der Rhein am Po zu verteidigen sei 3) und man den österreichischen Bruderstamm im Falle eines Krieges nicht im Stich lassen dürfe. Von den Höfen der meisten deutschen Mittelstaaten, Hessen-Darmstadt, Hannover, Oldenburg, Bayern, Baden und Württemberg wurde bereits im Januar zu erkennen gegeben, daß sie Österreich zur Seite stehen wollten, wenn es in Italien angegriffen würde. 4) Nur in Preußen war die Stimmung eine gänzlich andere als in den deutschen Südstaaten. Im Kampf um die Vorherrschaft oder doch Gleichberechtigung mit Österreich in Deutschland stehend, wollte man dem Streben der Italiener nach nationaler Einheit seine Anerkennung nicht versagen. 5) Für Österreichs außerdeutsche Besitzungen in den Krieg zu gehen, lag auch keine bundesrechtliche Verpflichtung vor. 6)

Im Einklang mit der öffentlichen Meinung Süddeutschlands trat Dalwigk vom ersten Augenblick an für die Überzeugung ein, daß das ganze Deutschland berufen sei, Österreich zu helfen. Schon zu

1) Schultze: Duncker, S. 85/86. 2) Sybel, a. a. O. II S. 313. 3) ebenda. 4) Berichte des hessischen Gesandten in Wien Drachenfels, 18., 19. Jan. St. A. Darmst. 5) Sybel, a. a. O. II, S. 314, 6) ebenda S. 316,

Beginn der Krise, Anfang Januar, warnte er den französischen Gesandten in Darmstadt, den Grafen Guitaut und bemerkte ihm, daß im Falle eines Angriffes auf Österreich in Italien, ganz Deutschland sich wie ein Mann erheben und alle Kabinette mit sich fortreißen werde. 1)

Das „Mainzer Journal" drängte schon am 3. Februar zum bewaffneten Eingreifen und wiederholte den Ruf der Wiener Presse: „. . . . . das von $1^1/_2$ Millionen Schwertern starrende Deutschland ist vor allem berufen, den Krieg zu verhindern und jedem, der ihn wagt, den Frieden zu diktieren". 2)

Dalwigk war der Meinung, daß die Regierungen auf die in der vertraulichen Zirkulardepesche Österreichs vom 5. Februar enthaltene Anfrage damit zu antworten hätten, daß sie dem Wiener Kabinett für den Fall eines Angriffes von Seiten Frankreichs in Italien ihren Beistand fest zusagten. 3) In diesem Sinne schrieb er auch an seinen Großherzog, der gerade in München weilte, damit dieser auch dort die Notwendigkeit einer Kundgebung von Seiten der einzelnen deutschen Höfe zu Gunsten Österreichs ans Herz lege. 4)

Dalwigk war zunächst bestrebt, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, denn er war es in erster Linie, der die Unzulänglichkeit der Bundesmilitär-Verfassung und ihrer Organe erkannt hatte und im Militärausschuß am Bunde, in dem Hessen allein neben Österreich und den deutschen Königreichen vertreten war, für Schaffung einer einheitlichen deutschen Armee strebte. Er war es auch, der erkannte, daß die westliche Grenze Deutschlands beim Ausbruch eines Krieges ungenügend geschützt war, daß den Bundesfestungen die wesentlichsten Bedingungen ihrer Verteidigungsfähigkeit abgingen und zur Abhülfe dieser Mängel mindestens 5—6 Monate erforderlich waren.

Man durfte auch wohl annehmen, daß Napoleon einem direkten Kriege mit dem deutschen Bunde bis aufs Äußerste aus dem Wege gehen und seine Dynastie nicht unnötig aufs Spiel setzen würde, wenn ihm die Kriegslust des deutschen Volkes vor Augen geführt würde. Auch der österreichische Gesandte in Berlin, v. Koller, hatte zu Biegeleben 5) geklagt: Wenn Herr v. Schleinitz 6) dem französischen Gesandten rundweg erklären wollte, Preußen werde im Falle eines Angriffes treu zur Seite Österreichs stehen und bis zum letzten Blutstropfen bei ihm ausharren, so werde man in Paris ganz andere Seiten aufziehen. 7)

Aber in Berlin wurde solche Sprache nicht geführt und auf Preußen warten, seine Entschließungen von denen Preußens abhängig machen, war nach Dalwigks Meinung eine Unmöglichkeit. 8) Wenn auch Napoleon sich augenblicklich vor der mißbilligenden Stimmung Deutschlands, Englands und seines eigenen Landes zurückgezogen hatte, wie es in seiner Thronrede am 7. Februar zum Ausdruck gebracht war, so war Dalwigk weit entfernt, durch die Haltung des Kaisers beruhigt zu sein und verlangte, dem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen oder sich für alle Eventualitäten vorzubereiten. 9)

Man hätte darauf auszugehen, so kombinierte er, Preußen durch Kundgebungen zu Gunsten Österreichs fortzureißen oder sich zu selb-

1) Bericht des württembg. Gesandten am Bunde und für Hessen Reinhard an den Minister d. Äuß. in Stuttg. Hügel, 20. Jan. Stuttg. 2) vgl. Bigener: Ketteler. S. 348. 3) Bericht Reinhards an Hügel, 11. Febr. Stuttg. 4) ebenda. 5) hess. Gesandter in Berlin. 6) preuß. Minister d. Äuß. 7) Bericht Biegelebens, 4. Febr. St. A. Darmst. 8) Bericht Reinhards an Hügel, 11. Febr. Stuttg. 9) Bericht Reinhards an Hügel, 11. Febr. Stuttg.

ständigem kriegerischem Auftreten zu konstituieren. Die Staaten des 8. Bundesarmeekorps 1) könnten zu diesem Zwecke mit Bayern und den Staaten des 9. Armeekorps eine Truppenmacht von 120 000 Mann ins Feld stellen. Man dürfte sich aber nicht in die Mausefalle von Rastatt begeben, um so weniger, als Österreich schwerlich werde Hilfe leisten können, sondern man hätte am Main oder etwa bei Heidelberg Fuß zu fassen und wo möglich, sobald Frankreich sich in Italien engagiert habe, offensiv gegen dasselbe vorzugehen. 2)

Reinhard, der württembergische Gesandte in Darmstadt, dem Dalwigk diese Ansicht bei dem Direktor der Thurn- und Taxischen Posten, v. Schele, zuerst vortrug, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Dalwigks Vorschlag, durch Konstituierung eines vollkommenen Einvernehmens der deutschen Mittelstaaten mit Österreich, Preußen fortzureißen, nur eine beiläufige, durch Einwendungen seinerseits provozierte sei, und sein eigentlicher Gedanke dahin ging, die Mittelstaaten zu einer von dem Verhalten Preußens unabhängigen, aber Österreich zugetanen, selbständigen Gesamtmacht zu konstituieren. Wohl mit Recht knüpfte Reinhard hieran die Frage, ob es im wohlverstandenen Interesse der Mittelstaaten liege, den Anfang damit zu machen, durch Anbahnung einer selbständigen Koalition, wenn auch innerhalb des Bundes, die Heiligkeit des Bundesvertrages in Frage zu stellen. Er vertrat die Ansicht, daß die Mittelstaaten besser die Initiative zur Vermittlung einer Verständigung zwischen Berlin und Wien ergriffen als das Wiener Kabinett durch Kundgebungen aufzumuntern, zumal Bayern und Hannover sich bereits mit dringenden Anfragen nach Berlin gewandt hätten, und zwar letzteres mit dem Anfügen, daß, wenn Preußen nicht vorgehen wollte, Hannover einen entsprechenden Antrag am Bunde stellen würde. 3)

Während man in Darmstadt wie fast im ganzen Süden die Kampflust steigerte — das „Mainzer Journal" forderte am 27. Februar bereits den deutschen Krieg 4) — hatte Preußen sich auf eine vermittelnde Neutralität festgelegt. War es das Bewußtsein ihrer durch einen Krieg bedingten ernsten Lage oder die Furcht vor Preußens kräftiger Entwicklung, das die Mittelstaaten solche Sprache sprechen ließ? Wir wollen es hier nicht entscheiden, aber das liegt wohl zu Tage, daß, wenn sie mit ihrem Willen zum Kriege nicht mehr erreichen wollten, so doch wenigstens das österreichische System mit seinem die Souveränität der Fürsten sichernden Bundestag schützen.

Trotz dem Drängen der Mittelstaaten — Dalwigk wurde nicht müde, durch seinen Gesandten in Berlin immer wieder auf ein entschiedenes Vorgehen hinzuwirken — wurde Preußen nicht vorwärts getrieben. Wie Dalwigk sein Vertrauen in die loyale Gesinnung des Prinzregenten und seine Haltung für den Kriegsfall nach Berlin verlauten ließ, versuchte auch Sachsen, Hannover und Bayern Preußen zum Eingehen bestimmter Verpflichtungen und einer entschiedenen Haltung zu bestimmen. 5) Sachsen hatte selbst in Berlin angeregt, ob es unter den gegebenen Verhältnissen nicht an der Zeit sei, mit Österreich einen gegenseitigen Garantievertrag ihres Besitzstandes abzuschließen, dem sich der Bund dann anzugliedern habe, wie es 1854 geschehen sei. 6)

1) Darmstadt, Württemberg und Baden. 2) Bericht Reinhards an Hügel, 11. Febr. Stuttg. 3) Bericht Reinhards an Hügel, 11. Febr. Stuttg. 4) vgl. Vigener: Ketteler. S. 348. 5) Berichte Biegeleben, 19., 23,, 25., 26., 28. Febr. St. A. Darmst, 6) Bericht Biegeleben, 25. Febr. St. A. Darmst

Von der hessischen Diplomatie war dieser Weg auch bereits sondiert und hatte in dem rührigen hessischen Vertreter in Wien, Drachenfels, einen warmen Fürsprecher gefunden. „Die Mittelstaaten sollten wieder nach Bamberg gehen. Jetzt oder nie wäre die rechte Veranlassung gekommen zu deren einigem Zusammenstehen unter dem Vortritte Bayerns", schrieb er am 21. Februar an Dalwigk. Drachenfels hoffte durch diese Einigung namentlich Preußen aus seiner Sonderstellung herauszutreiben. 1) Dalwigk selbst teilte mit Zustimmung seines Großherzogs auch durchaus die Ansicht der Kabinette von Bayern und Sachsen, daß es durch die Umstände dringend geboten sei, Österreich auch seine außerdeutschen Besitzungen in ähnlicher Weise zu garantieren, wie es zur Zeit des orientalischen Krieges geschehen sei. 2) Unter den deutschen Mittelstaaten war es allein Württemberg, das bis Anfang März offen auf Seiten Preußens stand.

Solche Stimmungen in Süddeutschland konnten dem französischen Bundestagsgesandten, Grafen Fénélon, nicht entgehen, und man vermutet, daß er sich schon im Januar bei seiner Reise nach Paris dort eher warnend als ermunternd ausgesprochen hat. 3) Auch der sardinische Gesandte, Graf Barral, der bei den einzelnen Bundestagsgesandten auf den Busch klopfte, soll von den meisten nichts Aufmunterndes zu hören bekommen haben, obgleich es, wie der württembergische Bundestagsgesandte v. Reinhard an Hügel schrieb, nicht an Insinuationen zu fehlen scheine, welche dem Grafen Barral die Überzeugung beizubringen suchten, daß die deutschen Kabinette eventuell ganz unter dem Einfluß des Kaisers der Franzosen verfahren würden. 4) Den schlechtesten Eindruck hatte vollends Dalwigk in Paris gemacht. Baron de Grancy, der hessische Gesandte am Hofe der Tuilerien, wußte unter dem 19. Februar zu berichten, daß nach Aussagen der französischen Staatsmänner die Berichte aller französischen Diplomaten an den deutschen Höfen mit Ausnahme derjenigen des Mr. de Guitaut in Darmstadt befriedigend (satisfaisants) seien. Grancy konnte sich nicht versagen, auszusprechen, daß nach seiner Meinung der schlechte Eindruck der hessischen Politik auf Paris zum größten Teile auf Anschwärzungen Dalwigks bei Frankreich durch den preußischen Gesandten Wenzel 5) hervorgerufen sei. 6)

Während man in Darmstadt wie in ganz Süddeutschland besorgte, daß Frankreich bei seiner Einheit und Zentralisation so rasch vorgehen würde, daß sie überrannt werden könnten und zu den größten Vorbereitungen aufriefen, beharrte Preußen auf seinem einmal eingenommenen Standpunkt, daß den Bund und Preußen die Sache bisher nichts angehe. 7) Am Bundestage ließ Bismarck vollends seinen wenig guten Willen für Österreich erkennen. In der Ausschußsitzung am 28. Februar versicherte er, daß man in Berlin an keine Gefährdung des Friedens glaube und überhaupt leugne, daß Frankreich rüste. Nicht Frankreich wolle den Krieg, so fuhr er fort, sondern, was es getan, sei allein durch die provozierende Sendung der großen militärischen Streitkräfte in die Lombardei seitens Österreichs veranlaßt worden. 8)

Aber Dalwigk war durch seinen Gesandten in Paris wohl über die französischen Vorbereitungen und die Güte der napoleonischen

1) Bericht Drachenfels' 21. Febr. St. A Darmst. 2) Dalwigk an den Großherzog, 27. Febr. mit Bemerkungen des Großherzogs. Da. A. 3) Bericht Reinhards an Hügel, 12. Jan. Stuttg. 4) Bericht Reinhards an Hügel, 20. Jan. Stuttg. 5) preuß. Gesandter für Darmstadt. 6) Grancy an Dalwigk, 19. Febr. Da. A. 7) vgl. Sybel, a. a. O. II. S. 315, 8) der hessische Bundestagsgesandter Münch an Dalwigk, 28. Febr. Da. A.

Armee von 500 000 Mann, die bereits im Feuer gewesen war und deren Generäle den Krieg in Algerien und der Krim geführt hatten, unterrichtet. „Alle Konzessionen, die Österreich in Italien machen wird, können höchstens den Krieg um einige Monate aufschieben, ohne ihn definitiv zu verhindern. Meine Folgerung ist, daß der Krieg stattfinden wird, daß es nötig ist, sich darauf schnell und mit ganzer Kraft vorzubereiten, und daß der Gedanke, ihn isolieren und auf einen Ort beschränken zu können, sinnlos ist", schrieb Grancy am 28. Februar an Dalwigk. 1)

In Anbetracht der französischen Rüstungen hatte Österreich am 22. Februar eine Note nach Berlin gerichtet, in der es zu den erforderlichen Vorbereitungen, um seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen und am Bunde ähnliche Maßregeln zu beantragen, aufforderte. Es drohte, daß, wenn nicht Preußen sich zu einem solchen Antrage verstehen würde, eine andere deutsche Regierung in diesem Sinne die Initiative ergreifen werde. 2) Aber Preußen beharrte darauf, seine deutschen Verbündeten in Unsicherheit über seine definitive Haltung zu lassen und auf die Erhaltung des Friedens abzuzielen.

Am 4. März trafen sich die hessischen Minister beim Kriegsminister v. Schaeffer-Bernstein, um die infolge der Gefahr eines Krieges sich ergebende politische Lage Deutschlands und des Großherzogtums zu besprechen. Wenn man auch in Darmstadt die Erhaltung des Friedens gerne sah — denn nur im Frieden waren die Mittel- und Kleinstaaten unabhängig von den Großmächten — so ging die hessische Politik doch dahin, durch größte Vorbereitungen im Interesse eines dauerhaften, gesunden Friedens zu wirken und die unerträgliche Überhebung Frankreichs mit Energie in die gebührenden Grenzen zu weisen. Man beschloß, solche Maßregeln zu treffen, daß die hessischen Streitkräfte jeden Augenblick durch Bundesbefehl auf den Kriegsfuß berufen werden könnten und zu diesem Zwecke die Summe aon 1 000 000 fl. einzusetzen. 3)

Schon am 28. Februar hatte Darmstadt bei Württemberg und Baden eine Verständigung in Form einer Konferenz über die jeweils von ihnen, als den Staaten des 8. Armeekorps, zu treffenden Anstalten zur Herstellung einer Kriegsbereitschaft und Abwehr eines unvermuteten feindlichen Einfalles angeregt. 4) Solche Ministerbesprechung fand auf Vorschlag Badens am 12. März erstmalig in Bruchsal statt. Sie war angeregt durch eine Mitteilung des preußischen Ministers v. Schleinitz, wonach das preußische Kabinett bezüglich der schwebenden politischen Verwickelungen der Ansicht war, daß die Verhältnisse noch nicht so weit gediehen seien, um eine Mobilmachung des Bundesheeres auszusprechen, daß jedoch in der gegenwärtigen bedrohlichen Situation für jeden Bundesstaat eine hinreichende Aufforderung liege, nach seinem Teile alle Vorkehrungen zur evtl. Aufstellung der Bundesarmee in kürzester Frist zu treffen. 5) Die Zusammenkunft der Minister schloß denn auch mit der Übereinkunft, vorbereitende Schritte zur Mobilmachung zu unternehmen, ehe eine Aufforderung vom Bunde dazu ergangen sei. 6) Auch in Bayern wurden bald

1) Auszug aus einem Brief (übersetzt!). Da. A. 2) Bericht Biegelebens, 28. Febr. St. A. Darmst. 3) v. Schaeffer-Bernstein an Dalwigk, 3. März Da. A.; Protokoll der Zusammenkunft, 4. März St. A. Darmst. 4) Abschrift im St, A. Darmst, 5) Bericht über die Ministerbesprechung. St, A. Darmst. 6) ebenda.

ähnliche Mobilmachungsmaßregeln wie von Seiten des 8. Armeekorps getroffen. 1)

Preußen beharrte auf seiner Österreich keineswegs freundlichen Stellung und ließ verlauten, daß, wenn der Bund auf Grund des Artikels 47 der Bundesakte (Hilfsleistung zur Verteidigung außerdeutscher Besitzungen) einen Majoritätsbeschluß fassen würde, Preußen demselben als europäische Großmacht keine Folge geben würde. 2)

Konnte man in Darmstadt auch die Haltung Preußens nicht billigen, so stand doch fest, daß man sie keineswegs ignorieren konnte. 3) Es galt vor allem, die gute Stimmung im Großherzogtum zu erhalten und zu pflegen, und wenn Napoleon gelindere Seiten aufzuziehen begann, so irrte Dalwigk sich wohl nicht, wenn er das Verdienst dieser Wendung zum großen Teil der entschiedenen Haltung der deutschen Mittelstaaten und nicht zuletzt sich selbst zuschrieb. 4)

Der Wunsch Englands auf Frieden ließ in den englischen Staatsmännern den Plan einer Vermittlung entstehen, aber der englische Gesandte Lord Cowly, dem diese Aufgabe zufiel, fand in Wien wenig Entgegenkommen. 5) Dem russischen Vorschlag vollends, die italienische Frage auf einem Kongreß zu behandeln, leistete Österreich nur widerwillig Folge, und der Erfolg blieb denn auch negativ. 6) Es steht wohl fest, daß Österreich sich dem Kongreßplan garnicht gefügt hätte, wenn es des Beistandes Peußens ganz sicher gewesen wäre. 7)

Die Befürchtungen vor dem Ausbruch eines Krieges, der auch Deutschland nicht unberührt lassen würde, wurden in Darmstadt immer lebhafter. Die Rüstungen Frankreichs hatten einen viel zu großen Umfang angenommen, als daß man annehmen konnte, sie seien nur auf einen lokalisierten Krieg berechnet. So 'gingen Dalwigks Bemühungen fortgesetzt dahin, Frankreich vom Kriege fern zu halten. Er benutzte jede Gelegenheit, den Hof der Tuilerien zu versichern, daß das ganze Deutschland — er verbürgte sich auch für Preußen — wie ein Mann Österreich zur Seite stehen würde. 8)

Er, der durch seine erste Frau dem französischen Adel nahe stand und als einflußreicher Staatsmann vom Kaiser und der Kaiserin geschätzt wurde, begab sich persönlich zur Großherzogin Stephanie von Baden, einer Adoptivtochter Napoleons I., mit der ihn eine enge Freundschaft verband, nach Mannheim, um ihr rückhaltlos das mitzuteilen, was er über die Stimmungen in Deutschland und dessen Verhalten im Falle eines französischen Angriffes auf die Lombardei nur irgend zu sagen wußte und sie aufzufordern, ihren Neffen vom Kriege abzuhalten.

Über seinen Besuch in Mannheim berichtete Dalwigk unterm 5. April seinem Großherzog unter anderm: „. . . . . Ich bat J. K. Hoheit im persönlichen Interesse des Kaisers Napoleon, der einen schweren Sturm gegen sich heraufbeschwöre, in den friedlichen Bemühungen nicht nachzulassen. Die Frau Großherzogin ersuchte mich hierauf, Ihr Tatsachen mitzuteilen, die Sie für diese Zwecke benutzen könnte. Ich erwiderte, das vier deutsche A. K., das VII., VIII., IX. und X. in der Stärke von 150 000 Mann bereit ständen, um in

1) Mitteilung des Württembergischen Ministers v. Miller ans hessische Kriegsministerium, 20. März. St. A. Darmst. 2) Münch an Dalwigk, 6. März. Da. A. 3) Bericht Biegelebens, 6. März. St. A. Darmst. 4) Bericht Biegelebens, 6. März. St. A. Darmst. 5) Sybel, a. a. O. II. S. 316. 6) Sybel, a. a. O. II. S. 316–17. 7) Bericht Biegelebens, 1. April. St. A. Darmst. 8) Dalwigk an den Großherzog, 5. April. Da. A.

Frankreich einzumarschieren, sobald letzteres die Lombardei angreife, daß Österreich sein Bundeskontingent von 3 Armeekorps zu dieser Armee stoßen lassen zu wollen, bereits erklärt habe, wodurch dieselbe sich auf die Stärke von 250 000 Mann erhöhe. 1) Erfülle Preußen seine Pflichten gegen den Bund, so würde die Zahl der deutschen Kombattanten auf 400 000 Mann steigen. Aber man würde mit oder ohne Preußen offensiv zn Werke gehen. England werde nicht neutral bleiben, und die Neutralität Rußlands zu Gunsten Frankreichs sei jedenfalls keine wohlwollende. Der Kaiser Napoleon möge mit beiden Händen die Konzessionen annehmen, zu denen sich Österreich auf den bevorstehenden Konferenzen bereits erboten habe. Ich fügte hinzu, daß die Stimme, welche diese Warnungen hören lasse, diejenige eines aufrichtigen Freundes des Kaisers sei . . . . . Die Frau Großherzogin fragte mich auf Ehre und Gewissen, ob das, was ich Ihr gesagt habe, nicht eine leere Drohung sei. Ich beteuerte, daß ich Ihr die reine Wahrheit gesagt habe und warnte, den Worten Preußens in Paris nicht zu viel Vertrauen zu schenken. Preußen werde sicher, so gut wie das übrige Deutschland, angreifen, sobald der Krieg in Italien erst gehörig entbrannt und ein starkes Heer dort engagiert sei. J. K. Hoheit die Großherzogin erklärten darauf, ungesäumt auf den Grund meiner Angaben nach Paris schreiben und dringend zum Frieden raten zu wollen". 2)

Bei seiner Wertschätzung und seinem großen Einfluß am Hofe der Tuilerien war es Dalwigk eben mehr als irgendeinem anderen mittelstaatlichen Minister möglich, der französischen Politik Vorhaltungen zu machen oder zu versuchen, sie in ihrem Handeln zu bestimmen. Wenn er auch für sein Land im Falle eines Krieges zu besorgen hatte und so schon im eigenen Interesse danach trachtete, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen, so zeigen doch seine Bemühungen in Paris, wie entschieden er gewillt war, sich für den Bundesstaat Österreich in die Schanze zu schlagen und angesichts der Gefahr ganz Deutschland einig zu machen. Ob Dalwigk in seinem Handeln jedoch weniger von nationalen Motiven als von der Furcht vor einer etwaigen Schwächung des Bundes und seines Beschützers getrieben wurde, versagen wir uns auch hier zu entscheiden. Immerhin wird wohl dieser Fall, wo Dalwigk seinen deutschen Standpunkt in Paris anmeldete und auch den Zorn Napoleons dafür erntete, Bismarck kaum vor Augen gestanden haben, wenn er in seinen „Gedanken und Erinnerungen" 3) von den Rheinbundgelüsten in Darmstadt sprach, die selbst dann zum Ausdruck kämen, wenn man auch Frankreich mit am Entschiedensten entgegenträte.

Nachdem die in Bruchsal beschlossenen Vorbereitungsmaßregeln in der Hauptsache allseitig zur Ausführung gebracht waren, schien es infolge der bedrohlichen Gestaltung der politischen Verhältnisse und bei den fortschreitenden Rüstungen des westlichen Nachbarn geboten, mit weitergehenden Bereitschaftsmaßregeln vorzugehen, zumal vom Bunde eine der Mobilmachung vorangehende Anordnung der Kriegsbereitschaft nicht zu erwarten war.

1) August Graf Degenfeld-Schönburg, k. österr. Feldzeugmeister, ein Freund Dalwigks von Mainz her, brannte vor Begierde, an den Rhein ziehen zu können. „Stellen Sie uns dagegen bald Ihr schönes Korps auf die Beine, das ist das beste Mittel, mich bald in Ihre Nähe zu bringen. . ." schrieb er am 20. April an Dalwigk. Da. A. 2) Dalwigk an den Großherzog, 5. April. Da. A. 3) S. 115. 303.

Man hielt jedoch für gut, in der Öffentlichkeit nichts über die angeordneten Verteidigungsmaßregeln und Truppenbewegungen verlauten zu lassen. 1)

Auf Vorschlag des württembergischen Kriegsministers v. Miller fand am 14. April eine neue Konferenz der 3 Korpsstaaten in Heidelberg statt, wo die Vorbereitungen zur Organisierung der vollen Kriegsbereitschaft und das Korpskommando beraten wurden. 2) Entgegen dem Wunsche des Großherzogs von Baden, der lebhaft seine Ernennung zum Kommandeur des 8. Armeekorps gewünscht hatte, wurde der Prinz Friedrich von Württemberg mit dieser Würde betraut. 3)

Am 20. April traf der sächsische Minister v. Beust, der auch schon Anfang März im Stillen eine politische Separataktion der deutschen Mittelstaaten betrieben hatte, 4) mit seinen Kollegen von Darmstadt, Württemberg und Baden — Bayern hatte der Einladung keine Folge geleistet — in Karlsruhe zusammen. Beust, auf der Reise nach Paris begriffen, hatte diese Zusammenkunft veranlaßt, um die Stimmungen der deutschen Regierungen im Süden aus eigener Anschauung kennen zu lernen. 5) Nach Dalwigks Bericht soll es ihm ein Leichtes gewesen sein, sich von der sehr entschlossenen Stimmung zur gewaltsamen Abwehr eines jeden Angriffes auf deutsche Interessen in Württemberg, Baden und Hessen zu überzeugen. 6) Beust sagte über die Konferenz in Bezug auf Dalwigk in seinen Erinnerungen: „Wenn ich in späteren Jahren so oft von der Rheinbündelei Dalwigks zu hören und zu lesen hatte, mußte ich immer jener Konferenz gedenken, in welcher mein sonst eher bedächtiger Darmstädter Kollege den Kreuzzug gegen die Franzosen mit einer beispiellosen Heftigkeit und einer ebensogroßen Zuversicht predigte. Eine einzige Schwierigkeit sah er voraus — die Verlegenheit, wer Elsaß bekommen sollte. Ich erschien dem alten „Coalierten“ viel zu behutsam“. 7)

Nur der König von Bayern schien ein wenig schwankend und nicht ohne Besorgnisse vor einem Kriege geworden zu sein. 8) Der König von Württemberg hatte Mühe gehabt, ihm bei seinem Aufenthalt in Stuttgart „die Gründe plausibel zu machen, welche es als notwendig erscheinen ließen, im Falle des Ausbruchs des Krieges in Italien auch am Rhein die Waffen zu ergreifen“. 9) Und von dem neuen bayrischen Außenminister v. Schrenk war nach Ansicht Münchs wegen der möglichen Chancen auf die Pfalz in dieser Sache keine entschiedene und kräftige Staatspolitik zu erwarten. 10) Das Gerücht, der bayrische Gesandte in Paris habe von Napoleon ein Geschenk von 300 000 Franken unter der Bedingung angenommen, daß er seinen Herrn auf friedlichen Wegen erhielte, war zudem sehr verbreitet. 11) Mit allem, was Beust bei seinem kürzlichen Besuch in Berlin dort in den leitenden Kreisen gehört hatte, war er im übrigen überaus zufrieden. 12)

Als die Minister noch in Karlsruhe zusammen waren, erreichte

1) Erlaß a. d. großhzgl. Kreisämter am 6. April, auf Grund des Bundespreßgesetzes vom 6. Juli 1854 die öffentlichen Blätter zu über wachen. St. A. Darmst. 2) v. Miller nach Darmstadt. St. A. Darmst.; Protokoll der Konferenz. St. A. Darmst. 3) Dalwigk an Münch, 13. April. Da. A.; Oncken, Friedrich I. Bd. 1. S. 90 f. S. 100 f. 4) Oncken, Friedrich I. Bd. 1. S. 83—86. 5) Dalwigk an den Großherzog, 21. April. Da. A. 6) ebenda. 7) Beust: Erinnerungen. Bd. 1. S. 222. 8) Beust: Erinnerungen. Bd. 1. S. 221-22. 9) Dalwigk an den Großherzog, 21. April. Da. A. 10) Münch an Dalwigk, 28. März. Da. A. 11) Dalwigk an den Großherzog, 21. April. Da. A. 12) Dalwigk an den Großherzog, 21. April. Da. A.

sie die telegraphische Nachricht aus Wien, daß Österreich Sardinien eine dreitägige Frist zur Entwaffnung gesetzt habe und seine Truppen sich auf die sardinische Grenze zu bewegten. Man wußte, daß der Krieg bevorstand.

Beust war sehr im Zweifel, ob er unter den vorliegenden Umständen seine Reise nach Paris antreten oder nach Dresden zurückkehren sollte und konnte nur mit Mühe von Dalwigk dahin gebracht werden, doch nach Paris zu gehen, um noch einen letzten Versuch zu machen, auf den Kaiser der Franzosen in friedlichem Sinne einzuwirken und an Ort und Stelle sich selbst über das, was in Paris vorgehe, zu unterrichten. 1)

Die ungeschickte österreichische Politik jedoch, die den Krieg durch das voreilige Ultimatium vor Europa als einen Offensivkrieg Österreichs erscheinen ließ, bot Preußen Anlaß, jetzt beharrlicher als bisher, einen Rechtfertigungsgrund dafür anzuführen, wenn es Österreich seine aktive Hilfe vorenthielt.

„An der Lage der Dinge scheint mir übrigens dieser Zwischenfall im Wesentlichen nichts zu ändern, da die gewichtigen Gründe ausschließlichen Zusammenhaltens unter den deutschen Staaten sich um kein Haar geändert haben", schrieb zwar der württembergische Minister Hügel am 25. April an Dalwigk. 2) Aber das Ultimatium machte durchweg keinen guten Eindruck.

Der hessische Bundestagsgesandte v. Münch versuchte es zwar zu billigen, indem er am 26. April an Dalwigk schrieb: „Wenn Österreich aber die Überzeugung gewommen haben mußte, daß Frankreich nichts anderes als Krieg will, und man nur den günstigsten Moment abwarten wollte, um loszuschlagen, so kann man es Österreich wahrlich nicht übel nehmen, wenn es das Präveniere spielte, die Rüstungen Piemonts mit ihrem ausgesprochenen Zweck und das Bündnis Frankreichs mit diesem Lande, konnten längst als Kriegserklärung gegen Österreich betrachtet werden". 3) Dem Großherzog dagegen schien der ganze Standpunkt in dieser Kriegsgeschichte „verrückt" zu sein. „Bisher handelte es sich darum, Österreich beizustehen, wenn es angegriffen würde, nun soll man auf einmal ganz demselben beistehen, weil es ihm beliebt, anzugreifen. Da eine Schwalbe keinen Sommer macht, so werde ich mich der majora fügen, aber ich hätte gewünscht, es wäre anders gekommen, mein Enthusiasmus ist unter Null gesunken, während er früher viele Grade über Null stand", schrieb er Dalwigk an den Rand seines Berichtes. 4)

Beust war durch seine Pariser Reise in die „entscheidende Krise" 5) hineingefallen und trat aus seiner bisherigen Zurückhaltung heraus. Er mahnte, der deutsche Bund möge jetzt mit der größten Schärfe vorangehen, es sei dies das einzige Mittel, den Frieden leidlich zu erhalten oder den Krieg möglichst abzukürzen. Die Stimmung, die bei seiner Ankunft in Paris höchst antikaiserlich gewesen sei, sei durch das höchst unüberlegte Vorgehen der Österreicher gegen Sardinien ins Gegenteil umgeschlagen. 6) Über seine Reise nach Paris erzählt er weiter: Der Kaiser habe ihn mit einer gewissen Wärme und Erregung gefragt, ob es denn nicht möglich sei, den bevorstehenden Krieg auf

1) Dalwigk an den Großherzog, 21. April. Da. A.; Beust: Erinnerungen. Bd. 1. S. 222. 2) Da. A. 3) Münch an Dalwigk, 26. April. Da. A. 4) Randbemerkung des Großherzogs zum Schreiben Dalwigks an ihn, 21. April. Da. A. 5) Hügel an Dalwigk, 25. April. Da. A. 6) Dalwigk an den Großherzog, 27. April. Da. A.; Beust: Erinnerungen. Bd. 1. S. 234 ff.

Italien zu beschränken, er wolle Deutschland versprechen, das deutsche Gebiet nirgends zu berühren. Er, Beust, habe erwidert, es sei unmöglich, ein solches Versprechen zu halten. In Deutschland sei eine höchst erregte Stimmung, und der Kaiser könne nicht gegen Österreich Krieg führen, ohne sich gegen das übrige Deutschland schlagen zu müssen. Der Kaiser sei über seine Äußerungen sehr nachdenklich geworden..... Baron Rothschild in Paris habe später gesagt: der Minister v. Beust ist ein sehr gescheuter Mann, aber er hat einen großen Fehler gemacht, er ist 3 Wochen zu spät gekommen. 1)

Am 26. April hatte Preußen durch Rundschreiben erklärt, daß es sich infolge des österreichischen Vorgehens in Italien fortan auf Beschützung des Bundesgebietes beschränken werde 2) und zum Zwecke der bewaffneten Vermittlung am 20. April die Herstelluug der Marschbereitschaft von 3 Armeekorps bewirkt habe. 3) Am 23. April hatte dann auch der Bund auf Antrag Preußens beschlossen, die Bundeskontingente auf Kriegsfuß zu setzen und marschbereit zu halten, nachdem er bereits im März eine Vervollständigung der Artillerie-Ausrüstungen der Bundesfestungen verfügt hatte. 4)

Inzwischen nahm der Krieg in Italien seinen Fortgang, und Wien rief die deutschen Höfe auf, es gelte nun vor allem, daß der Bund eine achtunggebietende Stellung einnehme und Preußen, dem man alle damit erträglichen Einräumungen zu machen bereit sei, ernstlich dazu die Hand biete. 5)

Man hielt es in Darmstadt für die höchste Zeit, Preußen aus seiner Zurückhaltung heraus zu bringen, denn die hessische Diplomatie geriet in immer größere Erregung über die drohende Kriegsgefahr. „..... Wer bürgt dafür, daß Napoleon, wenn die Österreicher den Ticino überschreiten, nicht ohne weiteres mit einem Übergang über den Rhein antworten wird?“ so besorgte Biegeleben am 19. April. 6) „Darüber wird man sich in Paris längst nicht täuschen, daß Deutschland und Preußen auf die Länge nicht neutral bleiben werden. Warum sollte man also dort nicht auf den Gedanken fallen, dem zuvorzukommen und den Krieg ohne weiteres und sofort auf den populärsten Kriegsschauplatz zu legen, wo noch keine einzige Armee zusammengezogen ist?“ 7)

Preußen über die Maßregel der Kriegsbereitschaft hinauszudrängen, war für den Augenblick wohl aussichtslos. Aber der hessische Gesandte v. Biegeleben hegte nach wie vor die feste Überzeugung, daß, sobald Österreich ernstlich gefährdet sei, Preußen es nicht im Stiche lassen werde, wenn nicht aus Sympathie für Österreich oder Bundestreue, so doch aus der Erkenntnis, daß sein eigenes Interesse es erfordere. 8)

Am 7. Mai trafen sich die hessischen Minister erneut beim Kriegsminister, um die rasche Kriegs- und Marschbereitschaft des großherzoglichen Bundeskontingents vorzubereiten und die erforderlichen Mittel von 4 Millionen Fl. einzusetzen. 9) Mit Sicherheit konnte darauf gerechnet werden, daß gegen Ende des Monats die Marschbereitschaft bei allen Abteilungen der Armeedivision vollständig hergestellt

1) Dalwigk a. d. Großhzg., 27. April. Da. A. 2) Sybel, a. a. O. II, S. 318-19. 3) Sybel a. a. O. II, S. 320. 4) A. O. Meyer, a. a. O. S. 483. 5) Bericht Drachenfels', 30. April. St. A. Darmst. 6) Bericht Biegelebens, 19. April. St. A. Darmst. 7) ebenda. 8) Berichte Biegelebens, 23., 25. April. St. A. Darmst. 9) Protokoll der Sitzung. St. A. Darmst.

sein würde. 1) Auch von Württemberg war Dalwigk die Marschbereitschaft zu Ende des Monats mitgeteilt worden. „. . . . und dann", schrieb er an Münch, „müssen wir am Bunde„ mit oder ohne Preußen, die Mobilmachung fordern". 2)

Gegen Mitte des Monats April hatte sich auch die hessische Regierung für den Fall eines Bundeskrieges mit der Frage des Oberfeldherrn zu beschäftigen gehabt. Dalwigk war im Grunde davon überzeugt, daß die militärische Oberleitung der Bundesstreitkräfte an Preußen fallen müsse. Für den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo Preußen sich seiner deutschen Aufgabe zu entziehen versuchte, fand er sich mit Bayern und Sachsen in der Ansicht, daß auf die Erörterung der Frage des Oberkommandos durch den Prinzen von Preußen garnicht einzugehen sei, bevor nicht Preußen seinen guten Willen zu erkennen gegeben habe. Diese Auffassung hatte in München, Dresden und Darmstadt zu sehr Wurzel gefaßt, als daß man wohl nicht als selbstverständlich betrachtete, daß nur Österreich, mit dem vereint man seine Truppen an den Rhein werfen werde, den Oberfeldherrn stellen werde. 3) Nur Baden und Württemberg traten für die Oberfeldherrnschaft des Prinzen von Preußen ein. 4)

Dalwigk, fortdauernd von Mißtrauen gegen Preußen durchdrungen, ritt sein Steckenpferd von den 250 000 Mann Bundestruppen, welche mit Österreich vereint, auch ohne Preußen intervenieren könnten, weiter. Der württembergische Bundestagsgesandte konnte sich bisweilen nicht des Eindrucks erwehren, daß man in diesem Kreise geradezu ein Fernbleiben Preußens wünsche, indem man sich stark genug fühle, es mit Frankreich aufzunehmen. 5) Wenn Herr v. Nostiz, Beusts Bundestagsgesandter, auch hierin einstimmte, so wohl deswegen, weil nach seiner Meinung man sich im Höchstfalle zu gratulieren hätte, wenn Preußen neutral bliebe und seine Grenzen gegen Frankreich decken würde. 6) Auch in Paris rechnete man fast auf eine Neutralität Preußens, denn alle preußischen Gesandten äußerten gleichmäßig ein Widerstreben gegen jede kriegerische Unterstützung Österreichs. 7) Beust hatte, indem er sich in Paris auch für Preußen verbürgte, dem Berliner Kabinett keine geringe Verlegenheit bereitet.

Wir fragen noch einmal: Was war es, daß die Mittelstaaten und speziell Dalwigk solche Sprache führen ließ? War man sich überhaupt der Tragkraft des Planes eines Krieges mit diesen untergeordneten Kräften bewußt, und sah man denn nicht die Gefahren, die mit diesem Kriege für Land und Leute heraufzogen? Wir sind auch hier geneigt zu antworten: Das dynastische Interesse ließ sie diese Gefahren angesichts des Zieles einer möglichsten Unabhängigkeit ihrer Politik und der Aussicht auf Stärkung des Bundes und seines Beschützers Österreich nicht sehen. Daß sie durch solches Handeln nur die Gefahr vergrößerten und Preußen, das allein befähigt war, die deutsche Nationalkraft in sich zu vereinigen, in seinem Vorgehen hemmten, hatte sie trotz ihrer Franzosenfurcht selbst die Kriegsnot nicht beachten lassen. Der Einheitstrieb der Nation, der von Preußen ausging und auch einem Kriege unter preußischer Führung den Rückhalt zu geben versprach, trieb die Mittelstaaten eben bedingungslos in die

1) v. Schaeffer-Bernstein nach Stuttgart und Karlsruhe, 14. Mai. St. A. Darmst. 2) Dalwigk an Münch. Da. A. 3) Reinhard an Hügel, 20. April. Stuttg. 4) ebenda. 5) Reinhard an Hügel, 2. April, 10. Mai. Stuttg. 6) Reinhard an Hügel, 20. April. Stuttg. 7) Reinhard an Hügel, 10. Mai. Stuttg.

Arme Österreichs und ließ sie, als dieses später wankte, selbst mit dem Ausland drohen.

Unterdessen wurde Dalwigk der berufene Anwalt für Österreichs Sache in Deutschland. Wiederholt konnte Graf Buol 1) den hessischen Gesandten in Wien versichern, so „weithin Ausreichendes und Treffendes“ von keinem anderen Minister eines deutschen Staates gehört zu haben. 2) Wenn auch Dalwigk sich mit dem Gedanken, unter Umständen ohne Preußen loszuschlagen, viel herumtrug, so hatte er die Hoffnung auf ein baldiges einmütiges Vorangehen Deutschlands doch nicht aufgegeben. Die herzliche Aufnahme des Erzherzogs Albrecht in Berlin hatte die Hoffnung und das Vertrauen auf ein wirksames Einverständnis zwischen Preußen und Österreich bestärkt, und dieser Eindruck wirkte noch nach in Darmstadt. 3) Vor allem, daß der Erzherzog für den Kriegsfall ein österreichisches Rheinheer von 250 000 Mann offen in Aussicht gestellt hatte — er hatte jedoch die gleiche Leistung von Preußen und dem Deutschen Bunde verlangt — wurde als ein zur Beruhigung gereichendes Ereignis gewertet. Denn Dalwigk war von der steten Sorge erfüllt, daß durch eine lange dauernde bewaffnete Neutralität die Kräfte zu erschöpften verurteilt waren, um dann unter ungünstigeren Verhältnissen, vielleicht erst nach von Österreich in Italien erlittener Niederlage, in den unvermeidlichen Krieg verwickelt zu werden. 4)

Besonders mußte es Dalwigk, der alles für die Bundesplenarversammlung in Anspruch nahm, verletzen, daß die preußische Regierung erklärt hatte, sie werde sich keinem Majoritätsbeschluß der Bundesversammlung unterwerfen, eine Tatsache, die die Bundesverfassung über den Haufen zu werfen und das übrige Deutschland mundtot zu machen drohte.

Reinhard, der am 10. Mai bei Rechberg 5) mit Pfordten, Rostiz und Dalwigk zusammentraf, bekam noch einmal wieder Dalwigks ganzen Eifer zu spüren. Dalwigk beharrte noch immer auf dem Standpunkt, daß die Berührung der Oberfeldherrnfrage auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht passe und forderte, daß, sobald die Kontingente marschbereit sein würden, Bayern etwa einen zweckmäßigen Antrag am Bunde zu stellen, und man mit dem König von Württemberg oder dem Erzherzog Albrecht an der Spitze zu einer kriegerischen Aufstellung zu schreiten habe. 6)

Reinhard vermochte sich von den Kombinationen dieser Herrn wenig zu versprechen. Für ihn stand fest, daß Preußen es nicht darauf ankommen lassen würde, daß in der Bundesversammlung ohne sein Zutun, ja, ohne seine Initiative, auch nur ein Bundesbeschluß gefaßt würde, und ohne eine feste Regelung der Oberfeldherrnfrage war nach seiner Ansicht ein Vorgehen der angesammelten Truppen, zu der man wegen der tätigen demokratischen Demagogie in den Standquartieren gezwungen werden könnte, eine Unmöglichkeit. 7) Auch Reinhard verbarg sich nicht, daß die Lösung der Oberfeldherrnfrage nach dem Wortlaut der Bundeskriegsverfassung, ganz abgesehen von politischen Unbequemlichkeiten, auf Schwierigkeiten stoßen würde, allein schon deswegen, weil Preußen eventuell mit seiner ganzen

1) k. u. k. Außenminister. 2) Drachenfels an Dalwigk, 12. Mai. Da. A. 3) Bericht des preußischen Gesandten für Darmstadt, 18. April. Pr. Geh. St. A. 4) Reinhard an Hügel, 10. Mai. Stuttg. 5) k. u. k. Präsidialgesandte am Bundestag. 6) Reinhard an Hügel, 10. Mai. Stuttg. 7) Reinhard an Hügel, 10. Mai. Stuttg.

Kriegsmacht und auch Österreich mit mehr als seinem Bundeskontingent in den Krieg eintreten würden. Einer der gemäßigteren Bundestagsgesandten hatte einmal zu Reinhard geäußert, daß ein Schutz- und Trutzbündnis des Bundes mit Österreich und Preußen als europäische Mächte wie zur Zeit des orientalischen Krieges, wobei dann eine Teilung des Oberkommandos eintreten könnte, gegebenenfalls auch hier die beste Lösung sei. Aber für diesen Fall hielt Reinhard die Zweiteilung des Oberbefehls für politisch gefährlich und versprach sich mehr von einer Trias 1) aus dem bundesgesetzlich vorgeschriebenen Oberfeldherrn des Bundesheeres und den beiden Oberkommandierenden der außerdeutschen österreichischen und preußischen Hilfskorps. 2)

Am 12. Mai fand eine weitere Besprechung der 3 Kriegsminister zur endgültigen Organisation des 8. Bundesarmeekorps in Heidelberg statt, 3) und in der 17. Bundestagssitzung am 13. Mai stellte Hannover einen Antrag auf Aufstellung eines Observationskorps in Oberdeutschland, um namentlich den Süden Deutschlands gegen Eventualitäten zu decken. 4) Preußen lief sogleich gegen diesen Antrag Sturm und sandte den General v. Alvensleben an die deutschen Höfe, um die betr. Souveräne von der Zustimmung zu dem hannoverschen Antrage abzuhalten und beruhigende Versicherungen über die Haltung und Absichten Preußens zu geben. 5) Dalwigk hoffte wohl trotz seiner energischen Sprache noch immer auf eine Verständigung mit Preußen, wenn er in ausdrücklicher Übereinstimmung mit der württembergischen Regierung dafür Sorge trug, daß der Antrag im Ausschuß niedergeschlagen wurde. 6)

Wenn auch Dalwigk schon vom ersten Tage an von größtem Mißtrauen gegen Preußen durchdrungen war, so schwand sein Glaube an die preußische Loyalität vollständig mit dem Scheitern der Willisenschen Sendung 7) nach Wien und der Erklärung Preußens, Deutschland zu einer bewaffneten Vermittlerstellung nötigen zu wollen. Namentlich der sächsische Gesandte Graf Hohenthal in Berlin versuchte den deutschen Diplomaten seinen Pessimismus einzuflößen, seine Stimmung zeugte von der Auffassung der Dinge in Dresden. 8)

Auch die württembergische Regierung, die bisher in ihrem Vertrauen zu Preußen nicht erschüttert war, 9) wurde wankend, als sie am 24. Mai ihrem Gesandten, Graf Linden, in Berlin mitteilte, daß sie sich nicht bei der von Preußen beabsichtigten Rolle einer bewaffneten Vermittlung beruhigen wolle, zumal der Gedanke nahe liege, daß Preußen sich bei einer solchen Haltung ebensogut Österreich oder auch anderen deutschen Staaten bewaffnet entgegenstellen könne. 10) In ganz Süddeutschland liefen Gerüchte um, daß Österreich sich in Italien aus Entrüstung über Peußens Haltung mit Napoleon abfinden und ihm dabei freie Hand gegen Preußen geben wolle. Ginge dann Frankreich auf Preußen und die Rheinlande los, so werde es durch Preußens jetziges Zögern gerechtfertigt sein, wenn dann auch das übrige Deutschland Gewehr bei Fuß zusehen werde. 11)

Biegeleben allerd ngs widerstrebte es noch immer, das allgemeine

1) ursprünglich von Bayern vertreten. 2) Reinhard an Hügel, 10. Mai. Stuttg. 3) Protokoll der Besprechung. St. A. Darmst. 4) Protokoll der Sitzung. St. A. Darmst. 5) Bericht Biegeebens, 22. Mai. St. A Darmst. 6) Dalwigk an Münch, 23 Mai. Da. A. 7) zum Meinungsaustausch über die von Preußen beabsichtigte Vermittlung. 8) Bericht Biegelebens, 31 Mai St. A. Darmst. 9) vgl. Th. Griewank, Die württembergische Politik von 1850—63. Diss. Rostock 1931. 10) Hügel an Linden, 24. Mai. Abschrift im Da. A. 11) Schultze: Duncker. S. 119.

Mißtrauen gegen Preußen zu teilen. Dalwigks Sorge, für die deutschen Mittelstaaten liege jetzt eine doppelt dringende Veranlassung vor, einen bestimmten und mutigen Entschluß zu fassen, um ihre durch die preußische zweideutige Haltung so sehr gefährdete Existenz zu retten, 1) hielt er entgegen, daß die von Dalwigk gefürchtete Aufdringung der preußischen Hegemonie nicht durch bloße diplomatische Schach- und Winkelzüge, sondern nur durch eine offene gewaltsame Räuberpolitik, wobei es sich nicht allein um einen Kampf auf Leben und Tod mit den deutschen Mittelstaaten, sondern auch mit Österreich handeln würde, erreichen ließe. 2)

Der Plan, auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte, Separatverhandlungen der deutschen Mittelstaaten zu beginnen, war mittlerweile in Dalwigk zur Reife gelangt. Zu diesem Plane gehörte vor allem, daß man sich vergewisserte, ob Österreich und zwar der Kaiser selbst, in einer eigenhändig zu unterzeichnenden Urkunde, sich bereit erklären wollte, sofern seine deutschen Verbündeten die Waffen ergriffen, mit Frankreich keinen Frieden als in Gemeinschaft mit dem deutschen Bunde und unter dessen Zustimmung abzuschließen und sich auf das Bestimmteste verpflichtete, eine Armee von mindestens 120 000 Mann für die deutsche Rheinarmee bereitzuhalten. 3)

Biegeleben versuchte aus Berlin immer wieder zur Zurückhaltung zu mahnen. „Preußen wird ohne die positive und negative Führung in Deutschland nicht für Deutschland und Österreich handeln . . . . . Es ist eine Forderung großer Selbstverleugnung, die an die deutschen Mittelstaaten herantritt, aber sie werden diese Selbstverleugnung üben und auf bessere Zeiten warten müssen . . . . Überläßt man Preußen nicht in und durch, sondern neben dem Bunde die ausschließliche Leitung der politischen und militärischen Aktion Deutschlands, so darf man auch noch immer nicht mit Zuversicht hoffen, daß ersteres für Österreich und Deutschland tatkräftig in die Schranken treten werde." 4)

Auch aus Berlin selbst ließen sich Stimmen der Beruhigung vernehmen. Unterm 29. Mai schrieb Max Duncker 5) an Heinr. v. Sybel in München: „. . . . . Ich kann es kaum denken, daß man bei Ihnen ernstlich der Meinung wäre, ohne Preußen in den Krieg zu gehen. Wollte man sich durch Sonderverträge . . . . mit Östereich identifizieren, so liegt die Gefahr zutage, daß man ohne das Gegengewicht Preußens nicht bloß eine sehr schwere Kriegslast zu tragen hätte, sondern daß man auch der Gefahr preisgegeben wäre, daß Österreich in Versuchung kommen könnte, sich für etwaige Verluste in Italien an süddeutschen Gebieten schadlos zu halten. Mir scheint darum eine Verständigung mit Preußen dringend geboten. Die Initiative wird hier nach dem, was am Bunde vorgegangen ist, schwerlich ergriffen werden".

Österreich dagegen wurde nicht müde, seine Bundesgenossen vorwärts zu treiben. Bereits am 24. Mai hatte Graf Rechberg, Buols Nachfolger in Wien, zu Drachenfels geäußert, daß, wenn die Antwort aus Berlin nicht bald befriedigend ausfiele, er es für an der Zeit halten würde, auf ein Einvernehmen mit den Mittelstaaten hinzustreben, um Frankreich, mit oder ohne Preußen, die Spitze zu bieten.

1) Dalwigk an den Großherzog, 28. Mai. Da. A 2) Bericht Biegelebens, 31. Mai. St. A. Darmst. 3) Dalwigk an den Großherzog, 28. Mai. Da. A. 4) Bericht Biegelebens, 1. Juni. St A Darmst. 5) preuß. Geh. Reg. Rat, Bearbeiter der Presseangelegenheiten im Staatsministerium; Schultze: Duncker. S. 122-23.

Ein Observationskorps am Rhein, ohne Beteiligung Österreichs und Preußens, konnte nach Rechbergs Ansicht dem Zwecke nicht genügen, da es doch gelten würde, Frankreichs Streitkräfte zu teilen nnd somit die Entsendung ansehnlicher Truppenmassen nach Italien zu verhindern. Von einer Armee der Mittelstaaten dürfte man in Frankreich nicht annehmen wollen, daß sie erforderten Falls auch angriffsweise vorangehen würde. Um eine Besorgnis dieser Art wach zu rufen, müßte auch Österreich dabei eintreten. 1)

Die hessische Regierung teilte nicht die allgemeine Furcht vor einem Eingreifen Rußlands in den Krieg. Der sächsische Gesandte in Paris, v. Seebach, bestärkte sie in dieser Meinung und mahnte zum entschlossenen Vorgehen, zumal er von dem panischen Schrecken der Bevölkerung Frankreichs bei dem Gedanken eines Krieges zu berichten wußte. 2) Der russische Gesandte von Fonton hatte alle seine Beredsamkeit aufgeboten, um Dalwigk begreiflich zu machen, daß Deutschland neutral bleiben müsse und deutete an, daß Rußland keine Veränderung im Besitzstande der deutschen Mittelstaaten zugeben werde. In diesem Sinne hatte auch schon Fürst Gortschakoff sich an einzelne deutsche Höfe gewandt. Dalwigk konnte aber nach den Erfahrungen, die er mit den russischen Diplomaten gemacht hatte, dem Gesandten entgegenhalten, daß für die Russen zwischen Versprechen und Halten ein großer Unterschied sei. Zudem sei die russische Armee schwer mobil zu machen, und ehe 100 000 Russen das deutsche Gebiet betreten hätten, würden wahrscheinlich 200 000 Franzosen die Hälfte von Deutschland überschwemmt haben. Eine tüchtige deutsche Armee, ein festes Zusammenhalten der Mittelstaaten und ein mutiger Entschluß von ihrer Seite zu Gunsten des bedrohten Österreich, so schloß Dalwigk seine Unterredung mit Fonton, seien eine bessere Garantie als alle Versprechungen des Fürsten Gortschakoff. 3)

Dalwigk hatte den Russen nicht im Zweifel darüber gelassen, wie eilig er es mit dem geschlossenen Vorgehen der Mittelstaaten und Österreichs gegen Frankreich hatte. Er besorgte, daß, wenn die italienische Frage erledigt, d. h. wenn Österreich zu Boden geworfen sei, der Krieg am Rhein zur Entscheidung kommen werde, und dann Preußen und das übrige Deutschland viel zu schwach seien, um einem Stoße Frankreichs widerstehen zu können. Für diesen Fall, — d. h. im Glauben an Preußens Schwäche — so drohte Dalwigk offen gegen Preußen, würden die deutschen Mittelstaaten nicht so töricht sein, ihr Schicksal an dasjenige des schwachen und kurzsichtigen Preußen zu ketten, sondern man würde vielmehr notgedrungen einen neuen Rheinbund mit allen seinen Konsequenzen schließen müssen, und die Folge davon sei der Untergang Preußens. . . . 4)

Am 1. Juni eröffnete Dalwigk den hessischen Landtag mit einem Hinweis auf die politische Lage Deutschlands und einem Aufruf des Patriotismus der hessischen Stände. Wie zu erwarten, ging die Bewilligung des außerordentlichen Kredits von 4 000 000 fl. für die Ausführung der Kriegs- und Marschbereitschaft der hessischen Armeedivision am 7. Juni einstimmig durch. Die verlangte Summe wurde durch eine Anleihe von 3 000 000 fl. und eine Steuererhöhung im Be-

1) Bericht Drachenfels', 24. Mai. St. A. Darmst. 2) Dalwigk an den Großherzog, 28. Mai. Da. A. 3) Dalwigk an den Großherzog, 28. Mai. Da. A. 4) Dalwigk an den Großherzog über seine Unterredung mit dem russischen Gesandten von Fonton, 28. Mai. Da. A.

trage von 1 000 000 fl. beschafft. 1)

Je mehr Preußen enttäuschte und auch die deutschen Südstaaten zur Untätigkeit verdammen wollte, desto mehr predigte Dalwigk ihren Zusammenschluß zu gemeinsamem Schutz. Am 31. Mai hatte ihm der englische Gesandte Sir Alexander Malet im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß England auf seiner Protestation gegen die deutschen Rüstungen nicht ferner beharre, sondern Deutschland die Verantwortlichkeit für die Folgen seiner Schritte vollständig überlasse. Der Gesandte flocht vertraulich ein, er glaube, daß seine Regierung ihre Neutralität nicht lange bewahren, sondern gemeinsam mit Deutschland Frankreich bald angreifen werde. 2) Herr v. Beust hatte bei seinem Besuch in London zu Anfang Mai dort gut verständlich machen können, daß der Krieg nur durch ein Dazwischentreten Deutschlands zum Stillstand gebracht und abgekürzt werden könne. 3)

Die meisten der mittelstaatlichen Diplomaten fanden sich in der Ansicht, daß Preußens Vermittlung erfolglos sein, und es schließlich doch zum Kriege kommen werde, da Napoleon sich jetzt, nachdem er die erste Schlacht in Italien gewonnen hatte, zu der vollen Aufrechterhaltung des vertragsmäßigen Besitzstandes nicht mehr verstehen werde. 4) Die Minister von Sachsen und Darmstadt waren bei Weitem am fanatischsten, 5) auch v. d. Pfordten hatte, als er Preußens Forderung nach Konzessionen Österreichs an Frankreich vernahm, ausgerufen: Nein, Österreich darf keine Konzession machen, mit Konzessionen füttert man die Revolution. 6)

Überhaupt begann die demokratische Bewegung mit dem Wunsch nach einheitlicher und freiheitlicher Gestaltung Deutschlands der allgemeinen Besorgnis vor einem französischen Angriff Platz zu machen. In ihren Kundgebungen klang der Wunsch nach einem Kaiserreich unter preußischem Szepter unter Mediatisierung der Mittel- und Kleinstaaten und Ausschluß Österreichs an. Österreich wurde von dieser Seite mit Schmähungen und Verleumdungen bedacht, mit wahrer Schadenfreude besprach man die Niederlage der Österreicher. Die Rüstungen der Mittel- und Kleinstaaten, die bei der Mehrheit des Volkes anfänglich Beifall gefunden hatten, wurden jetzt bei der veränderten Stimmung als Mittel zur Aufhetzerei benutzt. Man schrie über die Gelder, die die angehäuften Truppen verschlangen, während sie doch nicht verwendet, sondern nur nutzlos ihrem Geschäft entzogen seien. Die Mittel- und Kleinstaaten, so spottete man, getrauten sich nicht einmal, mit Österreich in den Kampf zu gehen, weil sie dann fürchteten, von Preußen besetzt zu werden. 7) Bismarck ließ sich von der Newa in ähnlichen Tönen vernehmen. Man erzählte sogar, daß er ein Bündnis Preußens mit Frankreich und Sardinien, wohl auch mit Rußland gegen Österreich und selbst den Bund für angezeigt halte und in diesem Sinne auf Berlin wirke. 8)

Mittlerweile wurde auch Preußen aus seiner Zurückhaltung herausgetrieben. Am 18. Juni ließ Bayern durch seinen Gesandten in Darmstadt melden, daß es durch die preußische Regierung aufgefordert

1) Eröffnungsrede Dalwigks, Konzept im Da. A.; Bericht des preußischen Gesandten für Darmstadt, 7. Juni Pr. Geh. St. A. 2) Dalwigk an den Großherzog, 31. Mai. Da. A. 3) Reinhard an Hügel, 10. Mai. Stuttg. 4) Bericht Biegelebens, 18. Juni. St. A. Darmst. 5) Reinhard an Hügel, 4. Juni. Stuttg. 6) ebenda. 7) Rapport über die Verhältnisse im Großherzogtum Dr. Novers', 10. Juni. Da. A; Graf Solms-Laubach an Dalwigk, 23. Juni. Da. A. 8) Bericht Drachenfels', 4. Juni. St. A. Darmst.

sei, einen Offizier des Generalstabes nach Berlin zu senden, um mit dem dortigen Generalstabe in gemeinsame Beratung zu treten. Es teilte mit, daß es seine Zustimmung gegeben und seinen Vertreter bereits nach Berlin entsandt habe, um der preußischen Regierung nicht neuen Anlaß zu Ausflüchten und Verzögerungen zu geben. Bayern machte seine Beteiligung jedoch von der Bedingung abhängig, daß ein Antrag wegen Aufstellung eines Observationskorps am Oberrhein sofort am Bunde gestellt werde, Preußen ein Korps am Rhein aufstelle und endlich seinen politischen Standpunkt und die Zwecke seines tätigen Eingreifens direkt oder dem Bunde mitteile. 1)

Man war in Darmstadt in nicht geringer Sorge, als man dann gleichzeitig erfuhr, daß Preußen Bayern das Kommando des 7. und 8. Armmeekorps als eines selbständigen, gemeinsamen Truppenkörpers angeboten habe. Bayern lehnte jedoch dieses Anerbieten ab, wie Dalwigk glaubte, wohl deshalb, weil es weder auf der Bundesmilitärverfassung noch auf einem besonderen Bundesbeschluß beruhe und lediglich als ein Köder zur Beteiligung bei Preußens bundesfeindlichen Plänen betrachtet werden könne. 2)

Am 20. Juni wurde dann auch ein Generalsstabsoffizier der Staaten des 8. Armeekorps nach Berlin eingeladen, und schon an einem der nächsten Tage fand sich der badische Minister v. Meysenbug mit Hügel zur Besprechung der näheren Umstände dieser Sendung in Bruchsal zusammen. Trotz mannigfacher Bedenken schien es ihnen gut, nachdem sie seit längerer Zeit nachdrücklich auf die Ergreifung einer Initiative von preußischer Seite gedrungen hatten, auf die positiven Vorschläge Preußens betreffend Aufstellung, Transport, Verpflegung, Gliederung und Kommando des betreffenden Armeekorps einzugehen. Als gemeinsamen Vertreter für Berlin schlugen sie den württembergischen Gesandten v. Wiederhold vor. 3)

Am 24. Juni weilten dann Hügel, Pfordten und Reinhard bei Dalwigk in Darmstadt, um die Vorschläge der Bruchsaler. Zusammenkunft gemeinsam zu beraten. Aus dem Berichte Dalwigks an seinen Großherzog über diese Konferenz geht hervor, daß man als grundlegend für die Berliner Besprechung anerkannte, daß die Verhandlungen keinen obligatorischen Charakter tragen, sondern nur in Frankfurt in den bundesmäßigen Formen erfolgen könnten, und zudem alle militärischen Kombinationen nach dem Grundsatze eines innigen Zusammenwirkens der Aufstellungen und der Einheit im Kommando zu erfolgen hätten. 4) Auch Sachsen erklärte sich am 24. unter diesen Voraussetzungen zur Teilnahme an der Berliner Besprechung bereit.

Leider trug aber auch die Berliner Konferenz nur dazu bei, daß das Maß an Geduld, das man den deutschen Regierungen zumuten konnte, erheblich überschritten wurde. Die Sitzungen brachten keine Ausbeute von Interesse, weil über Mittel, Zweck und Plan der eventuellen Kriegsführung nicht gesprochen wurde. Das Bedeutsamste, was man von Moltke als dem Vorsitzenden der Kommission erfuhr, war, daß Preußen 44 Tage zur Aufstellung seiner Truppen brauche. Auch die offenen Worte des Prinzregenten an die nach Berlin entsandten Offiziere am 20. Juni vermochte den schlechten Eindruck nicht zu verwischen. Wiederhold konnte so nur vor jeder weiteren Konzession

1) Dalwigk an den Großherzog, 22. Juni. St. A. Darmst. 2) ebenda. 3) Meysenbug nach Darmstadt, 22. Juni. St. A. Darmst. 4) Dalwigk an den Großherzog, 24. Juni. St. A. Darmst.

an Preußen, namentlich vor jeder militärischen Maßregel der Mittelstaaten, bevor nicht von preußischer Seite wirklich die ersten Schritte dazu unternommen seien, warnen. 1)

Am Tage der Schlacht bei Solferino, am 24. Juni, teilte Preußen nach London und Petersburg plötzlich mit, daß es die bewaffnete Vermittlung auf der Grundlage der Erhaltung des Territorialbestandes und der Durchführung politischer Reformen in Italien übernommen habe und verfügte gleichzeitig die Mobilmachnng von 6 Armeekorps. Am 25. Juni beantragte es dann am Bunde die Zusammenziehung eines Observationskorps am Oberrhein aus den Kontingenten des 7. und 8. Armeekorps unter der Krone Bayern. 2)

Diese preußischen Maßnahmen und Anträge fanden die denkbar ungünstigste Aufnahme. Man hielt es zu solchen Beschlüssen für längst zu spät, und der hessische Gesandte v. Biegelieben, der bisher nur zur Besonnenheit und Zurückhaltung gegenüber Preußen gemahnt hatte, forderte bereits, daß, wenn Preußen sich nicht noch im letzten Moment ermanne, die deutschen Regierungen bald nach irgendeiner Richtung hin einen bestimmten Entschluß fassen müßten. 3) Von der Anführung der süddeutschen Truppen durch Bayern wollte man in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt durchaus nichts wissen. 4)

Aber auch die Mittelstaaten wurden durch Preußens Zögerung in ihren Maßnahmen nur hingehalten. Die preußische und Preußen freundliche Presse dagegen forderte nun, daß die Mittelstaaten ihren kühnen Worten gegen Frankreich Nachdruck geben und durch kräftigen Anschluß an Preußen mit Aufgeben partikularistischer Interessen, Deutschland als eine einheitliche Macht auftreten lassen möchten. 5)

In der 24. Bundestagssitzung am 2. Juli wurde der preußische Antrag vom 25. Juni genehmigt. Darmstadt schloß sich hier der württembergischen Erklärung an, geeignete Anträge an den Bund bringen zu wollen, die die Stellung des deutschen Bundes entscheidend zum Ausdruck bringen sollten, namentlich, ob die Zurückziehung des Observationskorps oder deren Ergänzung durch das Aufgebot des übrigen Bundesheeres und die Ernennung des Bundesfeldherrn zu bewirken sei. Ebenfalls ließen sie bekannt werden, daß sie sich an der förmlichen Aufstellung des 7. und 8. Armeekorps nicht eher beteiligen würden, bevor nicht Preußen seine Aufstellungen begonnen habe. 6)

Zugleich mit diesen Erklärungen ergriff die württembergische Regierung die Initiative unter den deutschen Mittelstaaten und plante eine Zusammenkunft mit den Ministern von Bayern, Sachsen, Baden und Hessen für die allernächste Zeit, um ein geschlossenes Vorgehen der Südstaaten zu besprechen. 7) Der Bericht des Generalmajors v. Wiederhold hatte außer Zweifel gestellt, daß auf ein entschiedenes selbständiges Eingreifen Preußens nicht gerechnet werden konnte, und unter diesen Umständen sich die Regierungen der Mittelstaaten aufgefordert halten müßten, Maßnahmen für ihre innere und äußere Sicherheit zu beschließen, nachdem feststand, „daß sie mit Österreich allein einen Kampf gegen Frankreich nicht aufnehmen könnten." 8)

1) Bericht Wiederholds vom 4. Juli. St. A. Darmst.; Bericht des hess. Oberl. v. Hesse, der Wiederhold beigegeben war, vom 2. Juli. St. A. Darmst. 2) Bericht Biegelebens, 30. Juni. St. A. Darmst. 3) Protokoll der Bundestagssitzung vom 25. Juni. St. A. Darmst; vgl. Sybel, o. a. O. II. S. 324. 4) Schultze: Duncker. S. 146. 5) z. B. Intelligenzblatt d. fr. Stadt Frankfurt, 25. Juni. 6) Protokoll der Bundestagssitzung. St. A. Darmst.; Hügel nach Darmstadt, 28. Juni, St. A. Darmst. 7) Hügel an Reinhard, 5. Juli. Da. A. 8) ebendg.

Die Erkenntnis begann sich allmählich infolge der veränderten Stimmung im Volke durchzusetzen. Die Worte Hügels waren Dalwigk wie aus der Seele gesprochen, wenn sie auch für Darmstadt überraschend kamen. Der Großherzog mahnte zur Vorsicht und konnte nicht begreifen, „warum die Schwaben auf einmal der Hafer stach". „Ohne den Bund darf man unter keiner Bedingung etwas tun, zu was sich jetzt echauffieren?" „Ich traue der Sache nicht recht, am Ende haben die Schwaben Angst, daß ihr Militär rebellisch wird, und deswegen pressieren sie so". 1) In der Tat war in dieser Sache die größte Vorsicht nötig, allein schon wegen etwaiger Folgen der zur Besprechung stehenden Punkte.

Von Beginn der Krise an hatte Dalwigk für einen Zusammenschluß der Mittelstaaten, auch gegen Preußen, gekämpft. Jetzt fand er sich mit seinem mittelstaatlichen Kollegen und ergriff mit Vergnügen den württembergischen Vorschlag, wenn er auch wohl trotz seines großen Eifers wegen der vermutlich „inhaltsschweren Folgen" der Konferenz noch immer auf eine Verständigung mit Preußen hoffte. 2) Zwar war jetzt der Fall eingetreten, für den er das Schicksal seines Landes nicht an das Preußens heften zu können glaubte und seinem Großherzog am 28. Mai die Notwendigkeit des Abschlusses eines neuen Rheinbundes angekündigt hatte: Österreich hatte in Italien schwere Niederlagen erlitten.

Konnte man jetzt nicht besorgen, daß, wenn die Staaten nicht mehr den Mut hatten, sich ohne Preußen an Österreich anzuschließen, es noch mehr zu denken gäbe, mit Preußen zu gehen, dessen Unionspläne wieder in greifbare Nähe gerückt schienen? Für den Fall, wo der Hort der föderalistischen Bundestagspolitik am Boden lag, bestand ja noch die Möglichkeit, sich dem Ausland in die Arme zu werfen. Dem französischen Gesandten in Darmstadt, Grafen Guitaut, soll er um diese Zeit erklärt haben: er möchte nicht wider seinen Willen in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden. Die süddeutschen Staaten wollten ebenso wenig von einem Protektorate Österreichs wie Preußens etwas wissen. Wenn schon das Protektorat einer Großmacht nötig werde, sei das Großherzogtum dasjenige Frankreichs zu wählen geneigt, mit dem es so viele, schon durch seine geographische Lage bedingte Interessen gemeinsam habe. 3) Auch eine Stimme im „Mainzer Journal" hatte sich im Mai so ähnlich vernehmen lassen: . . . unter gewissen Umständen sei es vorzuziehen, eher von Frankreich unterjocht, als von Preußen verschlungen zu werden. Die Vertreibung der Franzosen würde nicht lange auf sich warten lassen, während mit einer vollendeten preußischen Unirung das Deutschland einer mehr als tausendjährigen Geschichte verschwunden wäre. . 4)

Auch Baron Pfordten hatte sich so ähnlich zu Drachenfels geäußert: Schleinitz in Berlin, Usedom 5) in Frankfurt und Bismarck in Petersburg täten, was an ihnen sei, um die Auflösung des deutschen Bundes sobald als möglich herbeizuführen. Gingen die Dinge, was der Himmel verhüte, in Europa gänzlich über Eck, so wäre für Frankreich noch eher eine gewisse Aussicht, den Rheinbund, diesmal

1) Bemerkung des Großherzogs zum Berichte Dalwigks an ihn, 7. Juli. Da. A. 2) Dalwigk an Reinhard, 7. Juli. Stuttg. 3) Bericht des preußischen Legationssekretärs, Prinzen Reuß, aus Paris. 30. Juni; s. a. Th. Griewank, a. a. O. 4) vgl. Bigener: Ketteler. S. 350,5) preuß. Bundestagsgesandter.

allenfalls mit französischen Besatzungen in den Bundesfestungen, wieder herzustellen, als für ein kaiserliches Preußen, sich an die Spitze eines Erfurter Parlaments zu bringen. 1)

Wie um Preußen durch gewisse Rheinbundspekulationen vorwärts zu drängen, schrieb der Prof. der Philologie in Halle, Ludwig Roß, ein eifriger Förderer der mittelstaatlichen Pläne, am 4. Juli an Duncker: „Führen wir nicht den ersten Stoß, so führt Napoleon ihn, und dann sind wenigstens Baden, Hessen-Darmstadt, vielleicht selbst Württemberg und halb Bayern für die Dauer des Krieges verloren. . . . .“ 2)

Die Bereitwilligkeit der Mittelstaaten zum Kriege nahm in dem Maße ab, wie die Kriegsgefahr heraufzog, und Preußen sich für den Krieg vorbereitete. Dalwigk hoffte noch immer, wie er es ausdrücklich erwähnte, auf die Möglichkeit, Preußen durch Drängen der Mittelstaaten zum Handeln zu bringen, als er am 7. Juli die Einladung Württembergs zur Ministerkonferenz annahm, von deren Folgen er sagte, daß sie wohl die inhaltsschwersten sein würden, und bei der sich die 3 Klippen: Spaltung Deutschlands, Rheinbund und Krieg gegen Frankreich mit untergeordneten Kräften wohl nicht leicht umschiffen ließen. 3)

Die Zeit, äußerstenfalls selbst ohne Preußen mit Österreich zu gehen, war vorüber. Der Augenblick der Begeisterung war verpaßt. In Darmstadt zählte wieder der alte Hallwachs zu den ernstesten Mahnern gegen Dalwigks Leichtsinn. „Ohne Preußen wird man sich nur vergeblich opfern, und selbst mit Österreich und Preußen ohne England und Rußland, wenigstens ohne England, wagt man immer noch sehr viel“, schrieb er am 7. Juli an Dalwigk. „Es geht nunmehr nicht bloß um Österreich und Deutschland Frankreich gegenüber, es geht auch sehr ernstlich darum, den Bund und seine Verfassung zu erhalten“. 4)

Diese hatte Preußen soeben durchbrochen, als es am 4. Juli mit der Mobilisierung sämtlicher Bundestruppen den Oberbefehl über die deutschen Streitkräfte zur freien Disposition forderte. 5) Der österreichische Gegenantrag vom 7. Juli, in Anbetracht der in Italien eingetretenen Ereignisse, alle Kontingente der Bundesarmee mobil zu machen und den Prinzen von Preußen auf Grund des § 45 der Bundeskriegsverfassung zum Oberbefehlshaber des Bundesheeres zu ernennen, 6) kam nicht erst zur Diskussion, da Österreich, unter der Wirkung dieser preußischen Drohung, am 8. Juli Waffenstillstand und am 11. den Frieden von Villafranca abschloß. 7) Der Plan der Ministerkonferenz der Mittelstaaten war damit hinfällig geworden.

„Für die Mittelstaaten war das Jahr 1859 eine schwere Niederlage“, 8) schrieb ein Kritiker des Jahres 1859. „Durch den Rückhalt Österreichs, durch die Schwäche Preußens an künstliche Ansprüche gewöhnt, entdeckten sie plötzlich, daß diese Ansprüche in nichts zerfallen, sobald Preußen wieder etwas von einem Willen bekommt“. 8) Die Nachwirkung der preußischen Haltung war gewaltig in Darmstadt. Das beweist allein schon die Tatsache, daß selbst ein so begeisterter

1) Bericht Drachenfels', 22. Juni. St. A. Darmst. 2) Schultze: Duncker. S. 152. 3) Dalwigk an Reinhard, 7. Juli. Stuttg. 4) Da. A. 5) Protokoll der Bundesversammlung. St. A. Darmst. 6) Protokoll der Bundesversammlung. St. A. Darmst. 7) vgl. Sybel, a. a. O. II. S. 326. 8) Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des ital. Krieges. Eine Kritik. S. 116. 9) ebenda.

Verfechter der kleindeutschen Sache wie Heinrich v. Gagern jetzt seinen Irrtum zugestand und in das großdeutsche Lager überging. Dalwigk sorgte auch dafür, daß in dem Ausschußbericht am Bunde am 21. Juli wegen Zurückziehung der österreichischen und preußischen Mobilisierungsanträge ein Passus aufgenommen wurde, welcher andeutete, daß die übrigen Regierungen, außer Preußen, bereit gewesen wären, dem österreichischen Bundesgenossen zu helfen, daß sie aber durch Preußens Haltung daran verhindert worden seien. 1) Bei Dalwigk selbst ist das Mißtrauen gegen Preußen nie mehr geschwunden, zumal die Furcht vor der Wiederaufnahme der preußischen Unionsidee ihn nicht wieder verließ, und wie Bismarck — solange es zu keiner Neuordnung des Verhältnisses Preußens zu Österreich gekommen war — den größten Gegner seiner Pläne in Deutschland selbst sah, so glaubte Dalwigk fortan zu erkennen, daß „Deutschland" weniger vom Ausland bedroht sei als von Preußen, und daß man sich im Notfall eher Frankreich als Preußen in die Arme zu werfen habe, das allein Deutschland vor einem mächtigen Peußen schützen könne. 2)

Auch das Volk hatte an den Begebenheiten regen Anteil genommen. Die ausgedehnte Publizistik, die der Krieg in Italien verursacht hatte, hatte das Für und Wider Östereich oder Preußen zur Genüge behandelt und sich nicht immer auf gleichem Wege mit den Regierungen gefunden. Die Zeit, wo alles bereit war, mit Österreich Hand in Hand den Feind zu bekämpfen, war vorbei; die Meinungen gingen weit auseinander, und in der deutschen Einheitsbewegung wurde nicht selten die Ansicht laut, sich der Führung Peußens anzuvertrauen, um Österreich endlich aus Deutschland auszuschließen und dann unter preußischem Szepter das Reich auf demokratischer Grundlage zu schaffen. So war die deutsche Schicksalsfrage durch die Ereignisse des Jahres von Neuem aufgeworfen und drohte durch die entflammte Parteileidenschaft die Begebenheiten des Jahres 1848-49 zu wiederholen. Wenn die Regierung sich gegen Kundgebungen seitens dieser demokratischen Volksschichten einzuschreiten gezwungen hielt, so entsprach es ganz der Stellung Dalwigks zur Demokratie, mit der er 1848-49 in Mainz gerungen hatte. Daß aber aus dieser Regierungspolitik, im Innern streng konservativ und antidemokratisch vorzugehen, nach außen das nationale Interesse zu vertreten, ja sich allmählich der brennenden Frage der Bundesreform zuzuwenden, ein Konflikt entstehen mußte, war selbstverständlich. Denn die nationale Idee war seit 1848 zu eng mit der liberal-demokratischen verwachsen, als daß der innere Widerspruch der hessischen Politik nicht in einem berühmten Falle hätte sichtbar werden müssen: im Konflikt Dalwigks mit dem Nationalverein.

1) Dalwigk an Münch, 20. Juli. Da. A. 2) vgl. Schüßler, Tagebücher Dalwigks, 1861. S. 28-38.

Dalwigk und der Nationalverein.

(Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse von Kapitel IV der Rostocker Dissertation).

Unter der Nachwirkung des italienischen Krieges von 1859 und auf Grund des neuen nationalen Impulses im ganzen Volke konstituierte sich in Frankfurt der „Deutsche Nationalvererein", der die Begründung eines Bundesstaates mit Übertragung der Zentralgewalt an Preußen und die Berufung eines deutschen Parlamentes als sein Ziel nannte. Das nationale Bewußtsein der besonderen Prägung, wie es in Dalwigk lebte, gebot ihm ein Abwehren der preußischen Hegemonie, die ja nur unter Ausschluß Österreichs und unter Mediatisierung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten verwirklicht werden zu können schien. Als der Nationalverein nun gar noch dazu überging, in Hessen-Darmstadt, wo er durch geschickte Agitatoren wie namentlich den Hofgerichtsadvokaten Metz, den größten Zulauf erhielt, die Bewohner des Großherzogtums zur Verletzung der Vereinsgesetze und zu Widersetzlichkeiten aufzufordern, glaubte Dalwigk, in ihm nicht nur den preußischen Gegner sondern zugleich eine heraufkommende Revolution bekämpfen zu müssen. Obwohl gerichtliche Verfolgungen der Mitglieder des Nationalvereins bald an der Tagesordnung waren, griff die Bewegung um sich, und die Beitritte zum Nationalverein mehrten sich gewaltig. Die Erbitterung gegen das Vorgehen der hessischen Regierung kannte schließlich keine Grenzen mehr und rief die alten Gegner von 1848 wieder auf den Plan. Dalwigk wurde in der liberalen Presse des Verfassungsbruchs und des Hochverrats beschuldigt. Um das Übel an der Wurzel zu packen, wandte sich Dalwigk, als die Mittel der Regierung zur Bekämpfung des Vereins sich als immer untauglicher erwiesen, am 5. Jan. 1861 an den Bundestag und verlangte eine Entscheidung der obersten Bundesbehörde darüber, ob der Nationalverein unter das Verbot des Bundesvereinsgesetzes vom 13. Juli 1854 falle und deshalb von Bundeswegen zu unterdrücken sei. Fast die gesamte deutsche Presse wandte sich gegen den Antrag der hessischen Regierung, und auch die übrigen Monarchen zeigten wenig Interesse, Hessen-Darmstadt in dieser Sache beizustehen. Dalwigk mußte sich bereits mit dem Gedanken vertraut machen, an einen „ehrenvollen Rückzug" zu denken. Wohl wünschte er ein großes, kräftiges, in sich einiges Deutschland, und er war sich auch bewußt, daß ohne Mitwirkung und Einbeziehung Preußens sich diese Hoffnung nicht verwirklichen ließ. Aber dennoch verbot ihm, wie er meinte, der seinem Großherzog geleistete Eid, nämlich die Interessen seines Hauses und Landes wahrzunehmen, Preußen als „den natürlichen Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen" anzuerkennen; vielmehr wünschte er einen organischen Ausbau der Bundesverfassung auf föderalistischer Grundlage. Bei aller Anerkennung der Richtigkeit von Dalwigs Standpunkt stieß der Antrag der hessischen Regierung am Bundestag auf ungeahnte Schwierigkeiten. Die übrigen Bundesstaaten versagten völlig mit Rücksicht auf Preußen, das den Nationalverein für sich arbeiten lassen wollte und alles tat, um dem Bunde die Hände zu binden. Im Juni beschloß die Mehrheit des „Ausschusses für politische Angelegenheiten" am Bunde, in der Bundesversammlung den Antrag zu stellen, die Interpretation des Bundes-

beschlusses vom 13. Juli 1854 als Aufgabe der Bundesregierungen zu betrachten. Damit sah sich Dalwigk gezwungen, jetzt energisch an einen „ehrenvollen" Rückzug denken, denn es konnte ihm nicht entgehen, daß er durch die Bestrebungen zur Unterdrückung des Nationalvereins diesem gerade Vorschub leistete. Sein Versuch, als er nach dem Attentat auf König Wilhelm von Preußen am 15. Juli zur Beglückwünschung des Königs nach Baden-Baden geschickt wurde, diesen von dem revolutionären Charakter des Nationalvereins zu überzeugen und solche Taten als Ausfluß einer revolutionären Stimmung hinzustellen, schlug völlig fehl.

Nachdem durch Zustimmung des Großherzogs zum Rückzug die Erwartung seiner Gegner zunichte geworden war, daß es mit dem unglücklichen Ausgang dieser Angelegenheit zu Dalwigks Sturz kommen würde, bemühte sich dieser, den treibenden Ideen seiner Zeit entgegenzukommen und wandte sich der Frage der Bundesreform zu. Wenn unterdessen im Großherzogtum Hessen der Nationalverein in Wort und Schrift fortfuhr, gegen die Regierung zu hetzen, so war ihm doch schon durch den Regierungsantritt des Ministeriums Bismarck der „Boden unter den Füßen hinweggezogen". Der Nationalverein sah sich bald in die Opposition zu Preußen (wegen seines Liberalismus und des inneren Konflikts in Preußen!) gedrängt. Polizeiliche Verfolgungen des Vereins waren in Preußen bald nichts ungewöhnliches. Es mußte Dalwigk zur Genugtuung gereichen, als die preußische Regierung im Einverständnis mit Österreich im Okt. 1865 gegenüber dem Nationalverein den Standpunkt einnahm, von dem er 1861 ausgegangen war, indem sie in schärfsten Ausdrücken rügte, daß die Frankfurter Behörde die Versammlungen des Abgeordnetenhauses und des 36er Ausschusses, Schöpfungen und Filialen des Nationalvereins in ihren Mauern geduldet habe. Aber der Nationalverein war bereits in der Auflösung begriffen, und zudem hatte Dalwigk jetzt keine Veranlassung, gegen den Nationalverein vorzugehen, denn im Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage fanden sich die Mittelstaaten und die nationale Bewegung zum gemeinsamen Handeln.

Der Beschluß der Exekution gegen Dänemark 30. März bis 15. November 1863.

(Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse von Kapitel V der Rostocker Dissertation).

Nach dem durch den Erlaß des Patentes vom 30. März 1863 erfolgten offenen Rechtsbruch betrachtete die hessische Regierung den Versuch, auf Grund der Vereinbarungen von 1851-52 zu einem befriedigenden Rechtszustand zu gelangen, als endgültig gescheitert. Sie forderte in Anbetracht der dänischen Vertragsbrüche — nötigenfalls durch aktives Einschreiten des Bundes — die Wiederherstellung des durch den Bundesbeschluß vom 17. Sept. 1846 anerkannten Rechtszustandes und zu diesem Zwecke die Aufhebung der Gesamtstaatsverfassung von 1855 auch für Schleswig und die Wiederherstellung der früheren Gemeinschaftlichkeit in den öffentlichen Verhältnissen der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Es war mehr als fraglich, ob auf dieser Basis die so sehr erwünschte Einmütigkeit der deutschen Bundesregierungen erreicht werden würde. Dalwigk mußte sich denn auch bald dem übereinstimmenden Willen Preußens und Österreichs, die sich auf ein Festhalten an den Vereinbarungen von 1851-52 geeinigt hatten, fügen. Aber der Nachdruck mit dem er seine Forderung vertrat, zeigt den naturgegebenen Leichtsinn eines mittelstaatlichen Ministers, der sich über die Gefahren der europäischen Politik keine genügend klare Vorstellung zu machen pflegte. Bald sollte man jedoch sehen, wie recht Dalwigk gehabt hatte, als er zum verschärften Vorgehen gegen Dänemark aufrief. Dieses lehnte am 27. Aug. alle deutschen Forderungen ab. Von Seiten des Bundes geschah nichts, um die Exekution durchzuführen. Und nun war es Dalwigk, der eine vorher unbekannte Volkstümlichkeit gewann, indem er die Wünsche weiter Volkskreise aussprach: ein großes Unternehmen sollte Regierungen und Parteien zur gemeinsamen Tat vereinen. Er hat an dieser Stellungnahme festgehalten und ist nach Abbruch der Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage mit voller Opferwilligkeit für die nationale Ehre und das Recht Deutschlands eingetreten.

Lebenslauf.

Ich, Hans Steinhagen, Sohn des verstorbenen Klempnermeisters Ferdinand Steinhagen und seiner Ehefrau geb. Haack, wurde am 2. Mai 1908 zu Neubukow in Mecklenburg geboren. Ich bin evangelisch-lutherischer Konfession und besitze die mecklenburg-schwerinsche Staatsangehörigkeit. Von Ostern 1914 bis Ostern 1915 besuchte ich die Stadtschule, dann bis Ostern 1920 die Privatknabenschule zu Neubukow; von Ostern 1920 an mit einjähriger Unterbrechung die Oberrealschule zu Wismar, welche ich Ostern 1927 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Ab Sommersemester 1927 bis Sommersemester 1929 studierte ich an der Universität Rostock, im Wintersemester 1929/30 in Berlin, ab Sommersemester 1930 wieder in Rostock. Ich hörte Vorlesungen und besuchte Seminare über Geschichte, Religion, Englisch und Philosophie bei den Herren Professoren Breysig, Büchsel, Brunstäd, Deißmann, Dovifat, Ebbinghaus, Erhardt, Freund, Hoetzsch, Hohl, Hoppe, Huscher, Jepsen, Imelmann, Katz, G. Mayer, Oncken, Quell, Schüßler, Sellin, Spangenberg, Spranger und v. Walter.

Es ist mir ein Bedürfnis, Herrn Prof. Dr. W. Schüßler für die Förderung in meiner Studienzeit, für die Überlassung des Themas dieser Arbeit und für den Rat und die Anregungen bei der Ausarbeitung derselben an dieser Stelle meinen Dank auszusprechen.